

# DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund

[www.duh.de](http://www.duh.de), [www.globalnature.org](http://www.globalnature.org)

3/2023



## Kampf ums Klima

25 Jahre  
Global Nature Fund

Gesunde Meere  
können mehr

Vorfahrt für die  
Mobilitätswende



Foto: Heidi Scherm

Prof. Dr. Harald Kächele,  
Bundesvorsitzender  
Deutsche Umwelthilfe e.V.

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

vor fünf Jahren fing es an, dass Schülerinnen und Schüler an Freitagen den Unterricht schwänzten und zu Zigtausenden „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“ auf der Straße riefen. Die Debatte um den notwendigen Klimaschutz haben sie vom heimischen Esstisch auf die Straße und von dort bis in die Mitte der Gesellschaft getragen. Mit unserer Unterstützung konnten zehn Kinder und junge Erwachsene vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und im Frühjahr 2021 das historische Klimaurteil erstreiten. Uns war schon damals klar, dass es damit nicht getan ist, dass die fossile Lobby zurückschlagen würde. Der Streit und Kampf ums Klima, er geht weiter und er spitzt sich zu. Ausgerechnet die selbsternannte Klima-Regierung aus SPD, Grünen und FDP will in diesem Herbst das Klimaschutzgesetz massiv verschlechtern, die Klimaschutzlücke im Verkehr nicht um eine Tonne verringern und die Wärmewende um Jahre verzögern. Aber das werden wir nicht zulassen. Zusammen können wir das Ruder noch rumreißen! Noch in diesem Winter werden unsere Klimaklagen verhandelt, mit denen wir die Regierung zu ausreichendem Klimaschutz zwingen können. Und das ist längst nicht alles.

Lesen Sie in dieser Ausgabe, wie wir auf allen Ebenen kämpfen, um den notwendigen Klimaschutz durchzusetzen: Wie wir der Mobilitätswende auf die Sprünge helfen, uns für einen meeresschutzverträglichen Ausbau der Offshore-Windkraft einsetzen und gleichzeitig mit den Menschen vor Ort und vor Gericht gegen weitere unnötige fossile Mega-Projekte an der Küste kämpfen. Und erfahren Sie, wie Sie mit unserem neuen Mitmach-Angebot DUHinAktion an unserer Seite noch mehr Druck machen können für die dringend notwendigen Veränderungen.

Gemeinsam mit Ihnen werden wir durchsetzen, dass Politik und Wirtschaft längst überfällige Entscheidungen nicht weiter rausschieben, sondern mehr für den Schutz von Klima, Umwelt und Natur tun, damit die kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft haben!

Ihr

*Harald Kächele*

Editorial

Auf ein Wort 2

Aktuell

Ein Schaufenster klimaschädlicher Modellpolitik – die IAA 4

Impressum 4

Heizungsgesetz verlagert Probleme in die Zukunft 5

Von der Roten auf die Abschluss-Liste 5

Titel

**Streit ums Klima** 6

Obwohl wir tief in der Klimakrise stecken, lenkt die Ampelkoalition nicht entschieden dagegen. Wir klären über ineffiziente Regierungsprogramme und Scheinlösungen auf, gehen auf die Straße und über die Gerichte.

**DUHinAktion – Seien Sie dabei!** 11

In Zahlen

Klimaschutz in Deutschland 12

Themen

**Die Mobilitätswende wird verschleppt – wir helfen ihr auf die Sprünge** 14

Mehrweg bleibt die bessere Lösung 16

**GNF: Über Grenzen hinweg für eine bessere Zukunft** 18

Der Wind dreht sich für Offshore-Windkraft 20

**Meere in Seenot** 22

Gegen fossile Mega-Projekte an der Küste 23

**Interview: DRUCK MACHEN!** 24

**Wir klagen auf Erhalt der Gäubahn in Baden-Württemberg** 26

DUH intern

Im Einsatz für die Finanzen der DUH 28

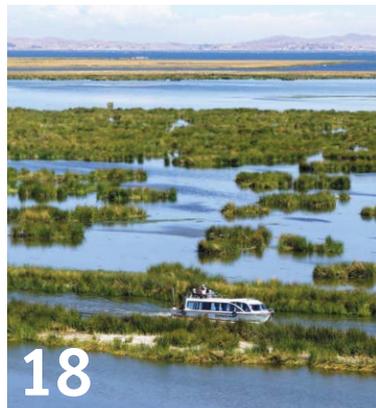
Klare Worte von der Klimakanzel 29

Unbekannte Tierart

**Der Doppelgesichtige sucht Unterschlupf** 30

Zu den charakteristischen Bewohnern von Streuobstwiesen zählt der Steinkauz.

Fotos: picture alliance/ Geisler-Fotopress/Ben Kriemann (o); IMAGO/Jochem Tack (M.L.); Udo Gattenlöhner/GNF (M.r.); Richard Carey/stock.adobe.com (u.l.); Tatjana/stock.adobe.com (u.r.)



**Titel:**  
Die Automesse IAA gibt Anlass zum Klimaprotest – wir schließen uns an!  
© DUH/Sophie Wanninger

# Ein Schaufenster klimaschädlicher Modellpolitik – die IAA



Protest im Vorfeld der IAA: Demonstrierende bildeten einen Schriftzug als Aktionsbild und fordern damit eine zukunftsfähige Verkehrspolitik.

**Die Deutsche Umwelthilfe** hat die deutsche Autobranche anlässlich der IAA Mobility, die Anfang September in München stattfand, scharf kritisiert. Während insbesondere chinesische Aussteller auch lieferfähige kleine Elektro-Pkw zeigten, konzentrierten sich die deutschen Konzerne Audi,

BMW, Mercedes-Benz, Porsche und Volkswagen auf nochmals größere, schwerere und stärker motorisierte Verbrenner-Pkw. Deren CO<sub>2</sub>-Emissionen sind teils mehr als drei Mal so hoch wie der erlaubte EU-Flottengrenzwert. Bei den Elektro-Modellen aus deutscher Produktion fehlten die Klein- oder Kompaktwagen und

viele E-Fahrzeuge sind in diesem Jahr gar nicht mehr lieferbar – im Gegensatz zu konventionellen Modellen mit Benzin- und Diesel-Technologie.

Diese klimaschädliche Modellpolitik unterstützt die Bundesregierung gleich doppelt: Zunächst verteuert das Wirtschafts- und Klimaschutzmi-

nisterium seit dem 1. September 2023 Elektro-Dienstwagen um bis zu 3.000 Euro durch den Wegfall der gewerblichen Elektro-Pkw-Förderung. Noch dazu hatte das Ministerium den Autobauern ausdrücklich empfohlen, ihre Fahrzeuge auf der IAA ohne Kennzeichnung der Energieeffizienz zu präsentieren. Vor den oft hohen Verbräuchen und CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden IAA-Besucher demnach nicht mit der eindeutig verständlichen Farbampel gewarnt. Zudem fehlte ausgerechnet bei den batterieelektrischen Fahrzeugen eine differenzierte Effizienzdarstellung. Stattdessen erschienen auch extrem stromintensive Elektro-Stadtpanzer in der besten Effizienzklasse.

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch sagt: „Die IAA hat einmal mehr die Kumpanei von Autoindustrie und Politik offenbart. Unsere Klage gegen die Bundesregierung auf Einhaltung des Klimaschutzgesetzes im Verkehrssektor war absolut notwendig. Wir sind froh, dass sie bereits im November verhandelt wird.“ (jk)

## IMPRESSUM

### Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de ■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch

■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ **Autorinnen und Autoren:** Jessica Appelmann, Lisa Babak (lb), Nadine Bethge (nb), Hanna Buntz (hb), Peer Cyriacks, Thomas Fischer (tf), Carla Geisen (cg), Philipp Herrberg (ph), Linda Janek, Franziska Lange (fla), Jonas Ott (jo), Luis von Randow (lr), Eva Schellenbeck (es), Elisabeth Staudt, Christoph Störmer

■ **Gestaltung:** Claudia Kunitzsch

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues ■ **Anzeigen:** Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2023 ■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier** ■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft Köln | **IBAN:** DE4537020500008190002 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

# Heizungsgesetz verlagert Probleme in die Zukunft

**Das Anfang September** beschlossene Gebäudeenergiegesetz verurteilt die DUH als klimapolitisches Versagen der Bundesregierung. Nach monatelangem Ringen hat die Ampel-Koalition mit ihren Vorgaben zu Heizungsanlagen nur einen völlig unambitionierten Kompromiss hervorgebracht. Echten Klimaschutz strebt das Gesetz erst viel später an als ursprünglich vorgesehen.

Die Diskussion um das Heizungsgesetz hat zudem bei vielen Menschen Verunsicherung ausgelöst. Die Nachfrage nach Wärmepumpen ist eingebrochen, stattdessen befinden sich fossile Heizungen im Aufwind. Das nun beschlossene Gesetz lässt

weiterhin den Einbau neuer Öl-, Gas- und Biomasseheizungen zu. Heizoptionen wie Wasserstoff oder Biomasse sind jedoch mit kostspieligen Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher verbunden.



Wärmepumpen leisten einen Beitrag zum Klimaschutz.

DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz kommentiert: „Die Ampel-Fraktionen lassen zu, dass die Klimaziele verfehlt und die Menschen mit niedrigen Einkommen in die Energiekostenfalle getrieben werden. Denn die



„Wir gehen den Rechtsweg, um Klima und Menschen zu schützen.“

Barbara Metz

Rechnung für das klimapolitische Wegducken der Bundesregierung zahlen am Ende vor allem die Menschen, die sich für Jahrzehnte an eine fossile Energieversorgung binden.“ Da die Klimaziele mit den im Heizungsgesetz verankerten Maßnahmen nicht erreichbar sind, bezeichnet die DUH den Gesetzesbeschluss als Rechtsbruch. (jk)

## Von der Roten auf die Abschuss-Liste

**Obwohl Fischotter** als gefährdete Art auf der Roten Liste stehen, dürfen sie nun in Bayern geschossen werden. Die Landesregierung hat per Ausnahmeverordnung den Abschuss der streng geschützten Art ohne „aufwendige Einzelgenehmigungen“ in Ostbayern erlaubt. Gegen diese seit 1. August geltende Regelung klagen wir gemeinsam mit dem BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Im Oktober ist Landtagswahl in Bayern. „Markus Söder macht Wahlkampf auf Kosten des Artenschutzes“, kritisierte DUH-Bundesgeschäftsführer



Sascha Müller-Kraenner die Schießerlaubnis der bayerischen Regierung. „Der Abschuss des Fischotters ist für

die Teichwirtschaft nicht hilfreich, ein Desaster für den Artenschutz und rechtswidrig.“ Die Verordnung gefährdet

jahrzehntelange Bemühungen zum Schutz dieser Tiere und ist nicht mit EU-Recht vereinbar. Wir setzen uns konsequent für die Renaturierung natürlicher Gewässer ein. Das fordern wir auch vom Freistaat Bayern. (ak)



Bitte unterstützen Sie uns mit einer Fischotter-Patenschaft!



[www.l.duh.de/fischotterpatenschaft](http://www.l.duh.de/fischotterpatenschaft)

A large group of cyclists is riding on a road, filling the frame from the foreground into the distance. They are wearing various colored jerseys and helmets. In the background, there are power lines, trees, and a city skyline under a clear sky. A road sign is visible above the cyclists.

# Streit ums Klima

■ von Christoph Störmer, Jessica Appelman, Linda Janek, Elisabeth Staudt und Andrea Kuper

Die Bilanz der selbst ernannten „Klimaregierung“ zur Halbzeit der Legislaturperiode ist mehr als ernüchternd. Obwohl wir auch im Sommer 2023 die Auswirkungen der Klimakrise in Europa teils wieder dramatisch spüren mussten und die Warnungen von Wissenschaftlern laut wie nie zuvor sind, erleben wir Untätigkeit, Rückschritte und offene Attacken auf den Klimaschutz durch Parteien, Bundes- und Landesregierungen. Egal ob Klimaschutzgesetz, Verbrenner-Aus oder Gebäudeenergiegesetz – es wird entkernt, abgeschwächt und ausgehöhlt. Viele sind enttäuscht, dass dies unter grüner Regierungsbeteiligung passiert. Gerade junge Klimaaktivistinnen und -aktivisten protestieren laut

und sichtbar. Der Kampf ums Klima spitzt sich zu. Auch Konzerne kommen ihrer Verantwortung nicht nach: Statt Produkte nachhaltiger zu gestalten, verkaufen sie sie, von der Politik ungebremst, als angeblich klimaneutral. Die Zeit drängt: Gerade jetzt müssen wir mehr Druck machen, denn heute entscheidet sich, wie wir morgen leben. Wir setzen auf echte Lösungen und streiten für den Schutz des Klimas: mit der Politik, den Unternehmen und dem Handel – in Gesetzgebungsverfahren, vor Gerichten und auf der Straße wie beim Globalen Klimastreik. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das Ruder rumreißen und jeden Abgeordneten in die Verantwortung nehmen.



Foto: picture alliance/dpa/Boris Roessler

„**U**nser Haus steht in Flammen!“ Mit diesem Appell wandte sich Greta Thunberg vor vier Jahren auf dem Weltwirtschaftsforum 2019 in Davos an Manager und Politiker aus aller Welt und forderte sie auf, die Zerstörung unseres Planeten zu stoppen. Die Flammen sind seitdem leider nicht kleiner geworden, die Klimakrise aufzuhalten, ist so dringend wie nie. Das vom Weltklimarat IPCC berechnete CO<sub>2</sub>-Restbudget, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, beträgt nur noch gut 250 Milliarden Tonnen. Jedes Jahr verringert es sich um mehr als 40 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>, die weltweit ausgestoßen werden. Auf diese Weise wird die Weltgemeinschaft die Schwelle für eine Erderhitzung von 1,5 Grad schon vor 2030 überschreiten.

Längst wäre radikaler Klimaschutz vonnöten, stattdessen erleben wir ein Jahrzehnt des Klima-Greenwashings. Das beste Beispiel dafür ist die Wahlkampagne von Olaf Scholz, mit der er sich 2021 auf großen Plakaten zum „Kanzler für Klimaschutz“ ernannte. Leider müssen wir seit Antritt der Ampelkoalition eine massive Ambitions- und Ideenlosigkeit beim Klimaschutz beobachten. Ihren vorläufigen Höhepunkt hat sie dieses Jahr mit der Ankündigung erreicht, das deutsche Klimaschutzgesetz zu verschlechtern. Erst vor zwei Jahren haben junge Menschen das Gesetz in seiner jetzigen Form mit Hilfe der DUH am Bundesverfassungsgericht erstritten. Mit der Änderung will die Regierung vor allem den Verkehrs- und den Gebäudesektor aus der Verantwortung entlassen, einen ausreichenden Beitrag zu den deutschen Emissionslimits zu leisten.

### **Verkehrsminister steuert Richtung Klimahölle**

Die Verkehrspolitik hat seit 1990 keine nennenswerten CO<sub>2</sub>-Minderungen erzielt. Um Druck auf die Politik der Ampelregierung und um auf die fehlenden Klimaschutz-Ambitionen im Verkehrssektor aufmerksam zu machen, haben wir das NewClimate Institute mit einer Kurzstudie beauftragt. Die

Fragestellung: Um wie viel Grad würde sich die Erde erhitzen, wenn alle Politikbereiche ihren Klimaschutzauftrag derart verschleppen würden wie Verkehrsminister Volker Wissing? Das Ergebnis: Die Erde würde um 2,8 Grad heißer. Dann kollabieren Ökosysteme und es drohen globale Hungersnöte, häufige tödliche Hitzewellen, Dürren und andere Extremwetterereignisse.

Der Verkehrssektor hat bereits zum zweiten Mal in Folge die gesetzlich vorgeschriebenen Reduktionsvorgaben verfehlt. Deshalb ist Wissing dazu verpflichtet, ein Klimaschutzsofortprogramm vorzulegen, das geeignet ist, die gesetzlich vorgeschriebenen Treibhausgasmininderungen bis 2030 einzuhalten. Statt dieser Pflicht nachzukommen, weigert sich der Verkehrsminister mit der Rückendeckung des selbsternannten Klimakanzlers Olaf Scholz, notwendige Maßnahmen wie ein Tempolimit oder die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen auf den Weg zu bringen. Alleine dadurch könnten auf Deutschlands Straßen jedes Jahr mehr als 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Mit dem eklatanten Rechtsbruch von Volker Wissing werden wir uns nicht abfinden, sondern haben die Bundesregierung im September 2022 mit der Forderung verklagt, ein Sofortprogramm vorzulegen, das den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes genügt. Für bessere, klimakonforme Verkehrspolitik wird weiterer Druck auf die Regierung notwendig sein. Das zeigt das Klimaschutzprogramm der Regierung aus dem Juni 2023. Für den Verkehr sind dort fast keine neuen Maßnahmen enthalten, sondern nur diejenigen, die seit einem Jahr von Papier zu Papier kopiert wurden: 30 der 44 Maßnahmen waren identisch in einem Eckpunktepapier der Regierung vom Oktober 2022 enthalten. Selbst der aktuellste Projektionsbericht der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass im Verkehr bis 2030 nach wie vor 210 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> mehr ausgestoßen werden als das Klimaschutzgesetz erlaubt.

### Scheinlösungen im Gebäudeenergiegesetz

Keine Hoffnung auf Klimaneutralität macht die Bundesregierung auch im Gebäudebereich. Dieser verursacht mit 30 Prozent einen

Umstrittenes LNG-Terminal in Lubmin – Wir kämpfen gegen den Ausbau unnötiger fossiler Strukturen.



erheblichen Teil der Treibhausgasemissionen hierzulande. Bereits zum dritten Mal in Folge hat Deutschland 2022 die Klimaziele im Gebäudesektor gerissen. Um die gesetzlich vorgeschriebene Treibhausgasmininderung auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 zu schaffen, müssen Gebäude bis 2030 noch etwa 152 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente einsparen. Nur 17 Prozent der Wärme- und Kälteversorgung in Deutschland waren 2022 erneuerbar. Dabei hat uns der Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine gelehrt, dass erneuerbares Heizen nicht allein eine Frage der Klimafreundlichkeit ist, sondern es auch um Versorgungssicherheit und Energiekosten geht. Angesichts dessen hat die Bundesregierung vor eineinhalb Jahren beschlossen, die im Koalitionsvertrag geplante Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes von 2025 auf 2024 vorzuziehen, um nach vielen Jahren des Nichtstuns die Wärmewende einzuleiten. Doch wie viel ist von diesem überfälligen Vorhaben noch übrig?

**Nur 17 Prozent  
der Wärme- und  
Kälteversorgung in  
Deutschland waren  
2022 erneuerbar.**

Monatelang hat die fossile Lobby Falschinformationen gesät, die dann von vielen Medien verbreitet wurden. Dies hat das Gesetzesvorhaben stark beeinflusst – auch unsere Aufklärungsarbeit konnte daran nichts ändern. Die FDP blockierte das Gesetzgebungsverfahren mehrmals, um Möglichkeiten zu schaffen, länger fossil zu heizen. Wir haben auf das Greenwashing von Gasheizungen in Form von sogenannten „Wasserstoff-Ready-Heizungen“ aufmerksam gemacht. Vor den Folgen hat im Juni



hinaus – was völlig im Widerspruch zu den gesetzlich festgelegten Klimazielen steht. Mit diesem Gebäudeenergiegesetz sind die Klimaziele bis 2030 nicht zu erreichen. Investitionen im Gebäudesektor werden für einen Zeitraum von 15 bis 30 Jahren getätigt, auch Sanierung und Heizungstausch nehmen eine gewisse Zeit in Anspruch. Deshalb ist es unabdingbar, dass Politik, Industrie, Verbraucherinnen und Verbraucher jetzt Entscheidungen treffen, die wirklich einen Beitrag zur Senkung von Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich leisten. Darüber werden wir weiter aufklären und auf echte Klimaschutzlösungen im Gesetz drängen.

### Wir stoppen Greenwashing von Unternehmen

In der Wirtschaft scheint es auf den ersten Blick besser auszusehen. Immer mehr Unternehmen bekennen sich zum Klimaschutz und werben mit „Green Claims“. Ein Grund zur Hoffnung? Leider nicht, denn anstatt klimaschädliche Emissionen und negative Umweltwirkungen zu vermeiden, handelt es sich häufig lediglich um eine Marketing- oder genauer gesagt: eine Greenwashing-Strategie. So sind nach Angaben der Europäischen Kommission 53,5 Prozent der Umweltaussagen in der EU vage, unbegründet

## Über 30 Verfahren wegen Verbrauchertäuschung mit vermeintlicher Klimaneutralität hat die DUH seitdem eingeleitet.

oder irreführend. 40 Prozent der Aussagen werden nicht belegt.

Seit Mai 2022 nehmen wir daher Werbeversprechen von Unternehmen über ihre Klimaneutralität, oder die ihrer Produkte, genauer unter die Lupe. Dabei fällt auf, dass solche Versprechen in der Regel mit dem Kauf von Emissionsgutschriften für Projekte im globalen Süden begründet werden. Die Projekte können die versprochene Reduktion von Treibhausgasen jedoch nicht sicher garantieren.

Über 30 Verfahren wegen Verbrauchertäuschung mit vermeintlicher Klimaneutralität hat die DUH seitdem eingeleitet. Etwa die Hälfte davon sind erfolgreich abgeschlossen. Ein Beispiel ist die absurde Werbung von TotalEnergies mit angeblich CO<sub>2</sub>-kompensiertem Heizöl. Ein klimaschädliches, fossiles Produkt durch zweifelhafte Kompensationsprojekte als klimaneutral zu bezeichnen, führt Verbraucherinnen und Verbraucher in die Irre. Die DUH klagte

auch DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz als geladene Expertin in einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Klimaschutz und Energie gewarnt. Dennoch hat das Kabinett diese teure Scheinlösung in den Gesetzesentwurf geschrieben. Im September haben die Abgeordneten dem zugestimmt. Damit nimmt die Regierung eine längere Abhängigkeit von fossilen Energien in Kauf.

Ganz im Sinne der Gaskonzerne hat die Debatte verschleiert, dass jede neue fossile Heizung nicht nur einen Rückschlag für das CO<sub>2</sub>-Limit darstellt, sondern gleichzeitig auch ein erhebliches Kostenrisiko für Privathaushalte. Vor allem die öffentlich diskutierten sogenannten „grünen Gase“, wie zum Beispiel unter hohem Stromverbrauch erzeugter Wasserstoff oder aus landwirtschaftlichen Abfällen und Holz erzeugtes Biogas, sind mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden. Auch die Kopplung an die kommunale Wärmeplanung zögert die Klimaschutzwirkung des Gesetzes deutlich



Greenwashing auf der Spur: Mit Klagen gegen vermeintliche Klimaneutralitätsversprechen und dem Goldenen Geier, dem Schmähprijs für die dreisteste Umweltlüge, zwingen wir Unternehmen zum Umdenken.

Fotos: DUH Montage (McDonald's, Lidl, Vattenfall, New-Africa & Klima Kraftstoffe/stock.adobe.com, Eustace Bagge (www.l.duh.de/gg23costa), CC BY 3.0 (www.l.duh.de/ccby30)

daher gegen die Werbung und bekam vor Gericht recht.

Greenwashing behindert den dringend notwendigen Wandel zu einer nachhaltigeren Wirtschaft massiv, denn umweltbezogene Werbung soll Konsumentinnen und Konsumenten eigentlich dabei unterstützen, Kaufentscheidungen im Sinne von Umwelt und Klima zu treffen. Ziel unserer Verfahren ist es, Greenwashing mit falschen Klimaneutralitätsversprechen zu unterbinden. Gleichzeitig üben wir Druck auf Unternehmen aus, sich nicht mehr durch Kompensation freizukaufen, sondern Verantwortung für ihre Emissionen zu übernehmen und diese tatsächlich zu reduzieren – denn jede Tonne CO<sub>2</sub>, die heute nicht eingespart wird, geht von unserem globalen Restbudget ab.

Weil wir Greenwashing aktuell jedoch in fast allen Branchen beobachten, sind wir der Überzeugung, dass eine wirksame Regulierung umweltbezogener Label und Aussagen notwendig ist. Dafür setzen wir uns in Deutschland und der EU ein. Den aktuellen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Green Claims Directive begleiten wir kritisch.

### Autokonzerne in der Verantwortung

Darüber hinaus gehen wir juristisch gegen zwei Schwergewichte der Automobilindustrie vor. Mit zwei Unterlassungsklagen wollen wir BMW und Mercedes-Benz dazu

Jedes nach 2030 verkaufte Auto mit Verbrennungsmotor wird auch noch nach 2045 fahren und klimaschädliche Treibhausgase verursachen.

verpflichten, spätestens ab 2030 keine Verbrenner-Pkw mehr zu verkaufen. Denn hier gilt, ebenso wie bei Gasheizungen: Wir dürfen keine fossilen Strukturen zementieren. Jedes nach 2030 verkaufte Auto mit Verbrennungsmotor wird auch noch nach 2045 fahren und klimaschädliche Treibhausgase verursachen. Die Autos, die BMW und Mercedes-Benz jedes Jahr verkaufen, emittieren dabei insgesamt so viel CO<sub>2</sub> wie sonst nur ganze Staaten. Die von BMW in 2021 verkauften Pkw werden während ihrer Laufzeit beispielsweise mehr CO<sub>2</sub> emittieren als Portugal in einem ganzen Jahr. Deswegen dürfen diese Unternehmen nach 2030 keinesfalls noch Autos mit klimaschädlicher Verbrennertechnologie verkaufen. Auch sie müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Dafür werden wir sorgen.

### Ausblick auf einen heißen Herbst

Mit Hitzerekorden, Flutkatastrophen, Waldbränden und Wasserknappheit hat auch dieser Sommer wieder gezeigt: Wir stecken mittendrin in der Klimakrise. Im August kritisierte selbst der von der Regierung eingesetzte Expertenrat für Klimafragen, dass das von der Ampelregierung vor der Sommerpause vorgelegte Klimaschutzprogramm nicht den im Gesetz formulierten Anforderungen entspricht. Damit bestätigte der Expertenrat auch unsere zuvor veröffentlichte Stellungnahme, in der wir unsere Kritik bereits detailliert aufgezeigt und die Bundesregierung aufgefordert hatten, den Entwurf massiv klimakonform nachzubessern. Das sektorenübergreifende Klimaschutzprogramm ist gesetzeswidrig und ein Bruch mit den Pariser Klimazielen.

Indem die Politik wirksame Maßnahmen insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor verweigert, gefährdet sie die Rechte der künftigen Generationen. Deshalb gehen wir nicht nur den Weg über die Gerichte, sondern auch gemeinsam mit den Fridays for Future und Tausenden Menschen auf die Straße: In einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis fordern wir von der Ampelregierung den schnellen Ausstieg aus fossilen Energien wie Kohle, Gas und Öl sowie eine konsequente Mobilitätswende. Unterstützen Sie in diesem Herbst unsere zahlreichen Aktionen für ein starkes Klimaschutzgesetz! ■

Seit fünf Jahren demonstrieren Fridays for Future für ihre Zukunft.



Foto: IMAGO/aal.photo



## DUHinAktion – Seien Sie dabei!

**I**m September starten wir DUHinAktion. Mit dem neuen Format bringen wir Menschen zusammen, die gemeinsam mit uns noch mehr bewegen wollen – und bereit sind, ihre wertvolle Zeit einzusetzen, um sich zu engagieren. Dabei ist es egal, ob jung oder alt, on- oder offline, einmalig fünf Minuten oder regelmäßig: Bei DUHinAktion gibt es für alle das passende Mitmach-Angebot.

Als Teil der Aktions-Community erfahren Sie vor allen anderen und exklusiv von spannenden Mitmachaktionen, Demos, Vor-Ort-Terminen oder investigativen Recherchen, an denen Sie sich beteiligen können. Sie entscheiden dann, welches Angebot das richtige für Sie ist und ob Sie mitmachen wollen.

### Zusammen sind wir stark!

Die Klimakrise ist die drängendste globale Herausforderung unserer Zeit, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Und hierbei zählt jede Stimme und jede einzelne Aktion.

Egal, ob Sie ganz bequem vom Sofa aus eine Petition unterschreiben, Umweltorganisationen und -vereine mit einer Spende unterstützen oder auf Demonstrationen mitlaufen – jede einzelne dieser Aktionen wirkt im Kampf für den Umwelt- und Klimaschutz. Sie zeigt den Regierenden und Konzernen: Wir nehmen das alles nicht hin, sondern nutzen unsere Stimme für einen gesunden Planeten!



### Zusammen Druck machen für den Klima- und Umweltschutz

In den vergangenen Monaten haben wir die katastrophalen Folgen der Klimakrise auch hierzulande gespürt. Nie war die Verantwortung der Bundesregierung, den Klimaschutz entschlossen voranzutreiben, so groß wie jetzt. Doch was wir politisch momentan beobachten, ist das exakte Gegenteil: Denn ausgerechnet jetzt plant die Bundesregierung, das essenziell wichtige Klimaschutzgesetz dramatisch zu entkernen – eine klimapolitische Bankrotterklärung auf ganzer Linie!

### Zusammen können wir das Ruder rumreißen!

Noch ist die Entscheidung des Bundestages offen und es muss über die geplante Änderung abgestimmt werden. Der richtige Moment, um gemeinsam laut zu werden und

die Entscheidungsträgerinnen und -träger zum Handeln aufzufordern! Aus diesem Grund rufen wir bei DUHinAktion dazu auf, an das Verantwortungsbewusstsein der Wahlkreisabgeordneten zu appellieren und sie per Protestmail oder im persönlichen Gespräch daran zu erinnern: Finger weg vom Klimaschutzgesetz!

Sie wollen sich ebenfalls beteiligen und Ihre Abgeordneten zum Gespräch einladen? Als Mitglied von DUHinAktion erhalten Sie eine genaue Schritt-für-Schritt-Anleitung sowie einen Leitfaden, damit Ihr Gespräch ein Erfolg wird. Los geht's! (fla, lvr)



### Schließen Sie sich an und machen Sie mit!

Wir haben Ihr Interesse geweckt? Dann tragen Sie sich direkt in unseren DUHinAktion-Verteiler ein und verpassen Sie keine DUH-Aktionen mehr! Sie haben noch offene Fragen? Kein Problem: Schreiben Sie uns, wir melden uns bei Ihnen! Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung!

[www.l.duh.de/inaktion](http://www.l.duh.de/inaktion)



**Kontakt:**  
Franziska Lange  
[f.lange@duh.de](mailto:f.lange@duh.de)

# Klimaschutz in Deutschland

Die Fakten sind weitgehend bekannt und Deutschland hat schon einiges getan, um Treibhausgase zu mindern. Dennoch: Die Lage ist ernst, die Transformation des gesamten Wirtschaftens, insbesondere der Energiesysteme, die Wende im Gebäude- und Verkehrssektor sowie der natürliche Klimaschutz müssen zügig vorankommen. Deutschland steht dabei auch in einer globalen Verantwortung.

## Wo stehen wir im Klimaschutz?

Die Treibhausgasminde rung sinkt laut Umweltbundesamt in Deutschland zu langsam. Um die Klimaziele zu erreichen, müsse die Bundesregierung die Anstrengungen in allen Sektoren beschleunigen.

### Deutschlands Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990



Datenstand: 15.03.2023; Zahlen für 2022 sind vorläufig

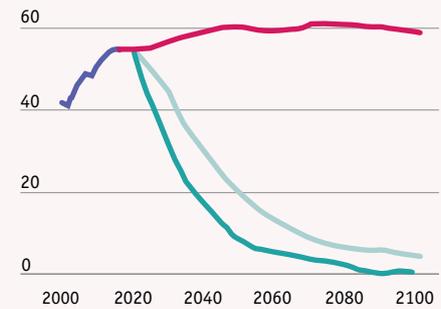
Quelle: Umweltbundesamt; Klimaschutzgesetz (ZDFheute)

## Schnelles Handeln ist entscheidend

Der Weltklimarat IPCC mahnt: Bis 2030 müssen die Emissionen weltweit nahezu **halbiert** sein.

Globale Netto-Treibhausgasemissionen, in **Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr**, Mittelwerte

- Emissionen bis 2015
- Prognose auf Basis der bislang umgesetzten politischen Maßnahmen
- Nötiger Pfad für **2-Grad-Ziel**
- Nötiger Pfad für **1,5-Grad-Ziel**

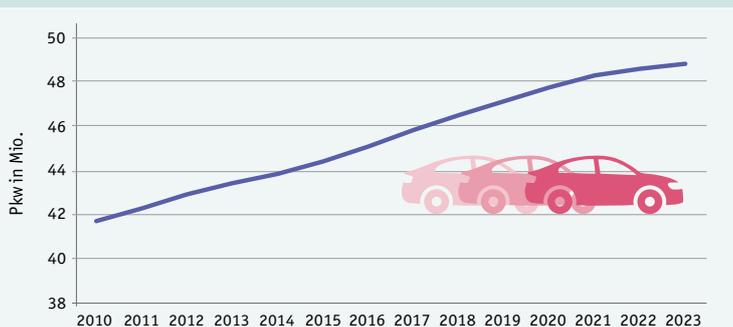


Quelle: IPCC; Beitrag von Stefan Rahmstorf in Spiegel Wissenschaft, 29.06.23

## Mehr Autos in Deutschland als je zuvor

Für eine echte **Mobilitätswende** müsste sich die **Anzahl der Pkw halbieren**, sagen die Verkehrsexpertinnen und -experten der Deutschen Umwelthilfe.

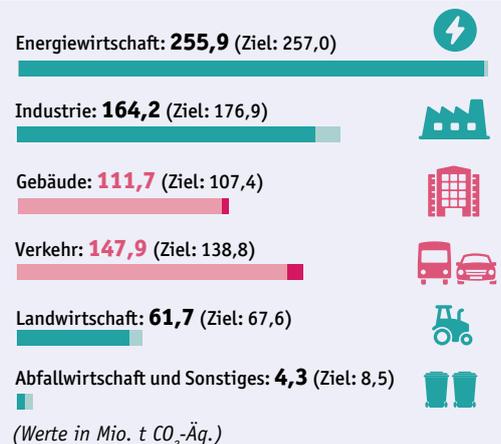
Doch auf den Straßen kommen **jedes Jahr** etwa **500.000** Autos hinzu.



Quelle: Umweltbundesamt

## Klimaschutzbeiträge nach Sektoren

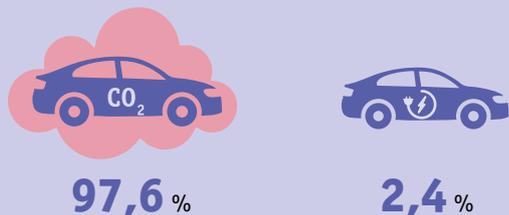
Die Bundesregierung hat **Jahres-Höchstwerte** für den **CO<sub>2</sub>-Ausstoß** festgelegt. In 2022 haben der Verkehrs- und Gebäudesektor die Emissionsgrenzen – wie bereits in 2021 – deutlich verfehlt.



Quelle: Umweltbundesamt

### Keine Antriebswende in Sicht

Erst für **2035** hat die EU das Aus für Neuzulassungen von Verbrenner-Pkw beschlossen. Um einen ausreichenden Beitrag zur Einhaltung der **1,5°C-Grenze** zu leisten, müsste der Verbrennerausstieg aber deutlich vorgezogen werden. Aktueller Anteil **emissionsfrei fahrender Pkw** am Gesamtbestand **2023**:



Quelle: Kraftfahrtbundesamt; Stand 01.07.2023

### Entwässerte Moorböden sind Klimakiller

Wird ein Moor entwässert, etwa um Acker und Grünland zu gewinnen, so entweichen Treibhausgase, vor allem CO<sub>2</sub> und N<sub>2</sub>O (Lachgas). Dasselbe geschieht beim industriellen Abbau von Torf.



Quelle: Umweltbundesamt

### Pflanzlich basierte Ernährung ist besser fürs Klima

Im Jahr 2022 verursachte die Tierhaltung **5,2 %** der **Treibhausgasemissionen** Deutschlands.

Quelle: Umweltbundesamt

### Ausbau von Windenergie an Land

Die **Ausbauziele** des Erneuerbare Energien-Gesetzes geben ab 2025 einen jährlichen Zuwachs von **7,8 GW** vor.



Stand: 21.08.2023

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

### Solarenergie – wie läuft der Ausbau?

Die **Ausbauziele** des Erneuerbare Energien-Gesetzes geben ab 2026 einen jährlichen Zuwachs von **22 GW** vor.



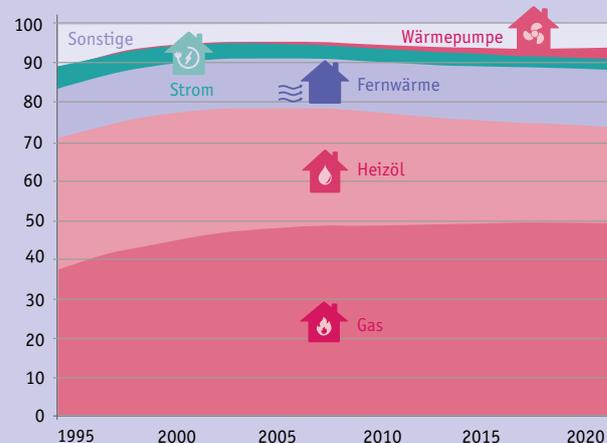
Stand: 21.08.2023

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

### Die Wärmewende muss kommen

Wir fordern: Die Regierung muss **Wärmepumpen-Förderung** und **energetische Standards** forcieren; im Bestand muss das **Sanieren** massiv vorankommen und **sozialverträglich** umgesetzt werden.

#### Heizen im Gebäudebestand nach Energieträgern (in Prozent)



**Gas** inkl. Bioerdgas und Flüssiggas, **Wärmepumpen** = Elektro-Wärmepumpen, **Sonstige** = Holz, Pellets, sonst. Biomasse, Koks/Kohle, sonstige Heizenergie

Quelle: Zeit online 24.08.23; BDEW

### Gebäude erhalten: Sanierung statt Abriss

**10 %** der gesamten **CO<sub>2</sub>-Emissionen** Deutschlands entstehen alleine durch die Herstellung, Errichtung und Entsorgung von Gebäuden und Bauprodukten.

Quelle: DUH-Berechnung

# Die Mobilitätswende wird verschleppt – wir helfen ihr auf die Sprünge

Damit die Mobilitätswende in Städte und Gemeinden einziehen kann, brauchen kommunale Akteure größtmögliche Unterstützung. Doch der Bundesverkehrsminister hält seine schützende Hand über die autogerechte Stadt und verschleppt den Wandel. Wir machen Druck auf die Bundespolitik und unterstützen die Kommunen.



In Berlin wollte die Verkehrssenatorin neu fertiggestellte Radwege wieder in Autofahrspuren umwidmen. Das konnten wir mit rechtlichen Mitteln verhindern!

**M**itte Juni erreichte uns der lang erwartete Entwurf zur Reform des Straßenverkehrsgesetzes. Für eine Stellungnahme gab uns das Bundesverkehrsministerium 24 Stunden Zeit – die Eile schien plötzlich groß.

Doch entgegen der Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag von 2021 sucht man im Reformentwurf vergeblich nach großen Neuerungen. Diese wären aber dringend nötig, um die Ära der autofreundlichen Stadt nach 60 Jahren endlich zu beenden und Städte und Gemeinden zur umweltfreundlichen Gestaltung ihres öffentlichen Raums zu bewegen.

## Wissing macht es dem Autoverkehr leicht

„Flüssig und sicher“ soll der Verkehr sein, daneben stehen nun auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung im Entwurf. Was auf den ersten Blick gut aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen aber als Nebelkerze: Der fließende Autoverkehr steht weiterhin über allem und muss stets berücksichtigt werden. Kommunen müssen also nach wie vor kleinteilig begründen, wenn sie den Autoverkehr einschränken wollen – ein Verfahren, das Städte und Regierungsbehörden lähmt.

Demselben Prinzip folgt der Reformentwurf der Straßenverkehrsordnung,

der uns eine Woche später vorlag. Die flächendeckende Einführung von Parkraumbewirtschaftung oder Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit ist nicht enthalten. So bremsen Minister Wissing und die Ampel-Koalition die Mobilitätswende weiter aus.

## Schreiner verhängt in Berlin Radwegestopp – wir gehen erfolgreich dagegen vor

In Berlin wütet seit dem Frühjahr die CDU-Verkehrssenatorin Manja Schreiner. Mitte Juni verhängte sie einen umfassenden Stopp für geplante Radverkehrsprojekte. Offensichtlich wollte sie damit verhindern, dass Autofahrspuren und -parkplätze wegfallen. Kurz darauf wurde im Berliner Bezirk Reinickendorf auf der Ollenhauerstraße ein gerade fertiggestellter Radweg wieder gesperrt – eine Tat gegen jegliche Vernunft. Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch kommentierte: „Der Ausbaustopp sicherer Radwege ist ein Schlag ins Gesicht für die Millionen Menschen, die regelmäßig mit dem Rad in Berlin unterwegs sind.“

Persönlich betroffen ist auch eine Mitarbeiterin der DUH; sie reichte mit Unterstützung aus dem DUH-Verkehrsteam einen Eilantrag gegen die Sperrung des neuen



### Für sichere Radwege

Berliner Bürgerinnen und Bürger können uns im Kampf um sichere Radwege unterstützen. Unterschreiben Sie jetzt unsere Protestmail!

[www.duh.de/  
fuer-sichere-radwege](http://www.duh.de/fuer-sichere-radwege)





In der Berliner Bergmannstraße ist der Straßenraum im Sinne der Mobilitätswende vorbildlich umgestaltet worden.

gangsverkehr in Wohngebieten, indem sie Pfosten oder Pflanzkübel auf der Fahrbahn installieren. Kreuzungen werden so umgestaltet, dass sie für Radfahrende eine sichere Überquerung bieten, zum Beispiel durch eine eigene Ampel fürs Rad oder indem die Kurven für Autos verengt werden und so die Abbiegegeschwindigkeit sinkt. Pkw-Fahrschneisen werden zu Radwegen, abgegrenzt mit Bodenmarkierungen und Baustellenbaken, oder Pkw-Parkplätze werden direkt in Radabstellanlagen umgewandelt. Solche Maßnahmen sind kostengünstig und lassen Raum für Anpassung. (hb)

**Förderer des Projekts ‚Pop-up Mobilitätswende bundesweite Verbreitung von Sofortmaßnahmen‘:**



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Radwegs ein und forderte zusätzlich Akteneinsicht in die Verwaltungsvorgänge. Wenige Tage später kam dann die Pressemitteilung der Senatsverwaltung: „Radweg Ollenhauerstraße wird freigegeben“.

Nachdem wir gegen den Stopp dreier weiterer Radwege, die fertig geplant und bereits angeordnet waren, rechtliche Schritte eingeleitet hatten, knickte die Senatsverwaltung erneut ein: Sie erklärte, einen Großteil der Projekte wieder freizugeben – ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft und uns. Dennoch bleiben einige Radwegvorhaben weiterhin gestoppt. Wir machen also weiter und setzen uns konsequent für die Freigabe aller Radwegprojekte und gegen die ideologiegetriebene,

rechtswidrige Politik der Berliner CDU-SPD-Regierung ein.

### Wir begleiten Kommunen bei der Mobilitätswende

Kommunen besitzen durchaus Handlungsspielräume, um für Radfahrende und Fußgänger attraktiver zu werden: Eine ‚Pop-up Mobilitätswende‘ erfordert weder eine jahrelange aufwändige Planung noch großes Budget, denn sie kommt ohne Tiefbauarbeiten aus. Mit konkreten Vorschlägen und Beratung stehen wir Städten und Gemeinden dabei in einem neuen Projekt zur Seite.

Und das kann zum Beispiel so aussehen: Städte verhindern den motorisierten Durch-



### Schreiben Sie uns!

Sie leben in einer Stadt, die unbedingt Modellkommune in unserem Projekt werden sollte? Dann schreiben Sie uns!

#### Kontakt:

Hanna Buntz  
buntz@duh.de



### Anzeige

Exklusiv für Leser\*innen der DUHwelt

**50% RABATT auf ein Probeabo!**  
**3 Ausgaben für nur 7,50 Euro**  
 (statt 22,50 Euro für die Einzelhefte).

# Gut, sauber & fair:

Für alle, denen nicht egal ist, was sie essen.

Ihr Rabattcode: **DUH23**

[slow-food-magazin.de/probeabo](http://slow-food-magazin.de/probeabo)



Jetzt bestellen unter  
[www.slow-food-magazin.de/probeabo](http://www.slow-food-magazin.de/probeabo)  
 Per E-Mail: [oekom-abo@verlegerdienst.de](mailto:oekom-abo@verlegerdienst.de)  
 Telefonisch unter 08105. 388 563

# Mehrweg bleibt die bessere Lösung

Als Gesicht einer Kampagne wirbt TV-Moderator Günther Jauch für Einwegflaschen. Hat die Lidl-Werbekampagne für Plastik-Einweg einen besonderen Hintergrund? Für uns ist klar: Der Discounter zielt darauf ab, politische Lenkungsmaßnahmen im Keim zu ersticken, die Mehrwegflaschen für Verbraucher attraktiver machen.

**K**ennen auch Sie die Lidl-Plakate und TV-Spots? Im April dieses Jahres hat der Discounter Lidl eine riesige Kampagne mit TV-Moderator Günther Jauch gestartet, die Einwegflaschen aus Recycling-Plastik als umweltfreundlich bewirbt. Aber am Ende ist jede Einwegflasche ein kurzlebiges Produkt, das energieintensiv hergestellt werden muss. Die vielfache Wiederverwendung regionaler Mehrwegflaschen ist die beste Wahl.

Wir vermuten, dass Lidl bewusst einen bestimmten Zeitpunkt für den Kampagnenstart gewählt hat: Die Kampagne folgte direkt auf die Ankündigung von Umweltministerin Steffi Lemke, mit politischen Maßnahmen Mehrwegflaschen fördern zu wollen. Zudem wissen wir, dass der Discounter Werbebroschüren mit Jauchs Porträt an Abgeordnete des Bundestages versendet hat.

Was könnte das Motiv für die aufwändige Werbestrategie sein? Lidl hat nach eigener Aussage deutlich mehr als 100 Millionen Euro in Anlagen für Einwegkunststoff-Flaschen investiert. Nach Mehrwegflaschen sucht man in Lidl-Märkten seit eh und je vergeblich. Die Supermarktkette gehört somit zu den hauptverantwortlichen Akteuren, die Abfallvermeidung und Wiederverwendung im Getränkebereich verhindern. Gelänge es dem Discounter, politische Mehrwegvorgaben zu verhindern und seinen Marktanteil in Einweg-Plastikflaschen noch weiter auszubauen, würde dies den mehrwegorientierten mittelständischen Getränkeherstellern und -händlern erheblich schaden.

## Werbeaussagen im DUH-Faktencheck

Lidl hat das IFEU-Institut mit einer Ökobilanzstudie beauftragt und baut seine Kampagne darauf auf. Diese Studie und die Lidl-Werbeaussagen haben wir einem Faktencheck unterzogen.

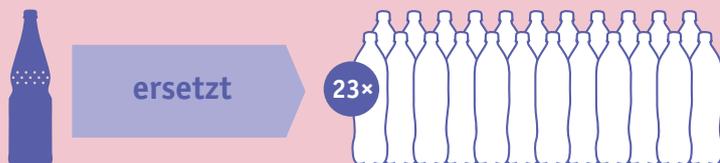


In der Ökobilanz werden für das Lidl-Flaschensystem neue technische Daten aus dem Jahr 2021/22 mit Mehrwegdurchschnittsdaten verglichen, die teils vor mehr als zehn Jahren erhoben worden sind. Darüber hinaus verschweigt der Discounter in Werbespots und auf Plakaten, dass die 0,5 Liter Lidl-Einweg-Plastikflasche aus 100 Prozent-Recyclingmaterial beim Vergleich ökobilanziell schlechter als Mehrweg abgeschnitten hat. Die Autoren der Lidl-Studie betonen zudem selbst, dass der vom Discounter beworbene Ansatz von Einweg-Plastikflaschen aus 100 Prozent Recyclingmaterial nicht auf die gesamte Ge-

tränkebranche übertragen werden kann. Allgemeine Rückschlüsse auf die Umweltpformance von Einwegplastikflaschen sind somit nicht zulässig. Für die Herstellung von Einweg-Plastikflaschen werden im gesamten Markt lediglich rund 45 Prozent Recyclingmaterial eingesetzt.

Lidl baut mit aufwändigen Videospots eine schicke und nach unserer Meinung irreführende Werbefassade auf. Wer nicht alle Zusammenhänge kennt, könnte glau-

Eine Glas-Mehrwegflasche (0,7 Liter) für Mineralwasser, die bis zu 50 Mal wiederverwendet wird, kann in ihrem langen Produktleben 23 Einwegflaschen aus Plastik ersetzen (1,5 Liter).



ben, dass Einweg-Plastikflaschen nicht umweltbelastend seien, wenn sie aus Recyclingmaterial bestehen. Unser Fazit zur Lidl-Werbung konnten wir dank intensiver Medienarbeit gut verbreiten.

### Lidl nicht zu Gespräch bereit

Seit Jahren kritisieren wir Lidl für seine fehlende Bereitschaft, Getränke in Mehrwegflaschen anzubieten, denn damit ignoriert der Händler die vorgegebene Mehrwegquote von 70 Prozent im Verpackungsgesetz. Unsere Gesprächseinladungen nahmen weder die Lidl-Entscheider noch Günther Jauch an. Auf unseren Vorschlag, einen modernen Mehrwegbetrieb zu besuchen, erhielten wir bis heute keine Zusage. Stattdessen wies der Discounter unsere begründete Kritik an seiner Greenwashing-Kampagne öffentlich als Falschbehauptungen zurück und versuchte so, unser Bemühen um Transparenz zu diskreditieren. Daraufhin haben wir im Mai gegen den Discounter geklagt.

### Die Umwelt braucht Mehrweg

Die Millionenkampagne von Lidl belegt einmal mehr, wie notwendig Fördermaßnahmen für Mehrwegflaschen durch die Politik sind. Steffi Lemke darf sich nicht beirren lassen und muss Einweg mit einer



Die Lidl-Werbung mit Günther Jauch strapaziert Umweltargumente für Einwegplastik. Wir finden: Besser für die Umwelt sind Mehrwegflaschen, denn sie verursachen viel weniger Abfall und sparen Ressourcen.

Abgabe von mindestens 20 Cent zusätzlich zum Pfand belegen. Solch eine Abgabe auf Einwegprodukte würde nicht nur Umweltbelastungen im Preis sichtbar machen, sondern lenkt Verbraucherinnen und Verbraucher, die Getränkedose oder Einwegflasche zu meiden und stattdessen zur Mehrwegflasche zu greifen. Dann müssten Discounter wie Aldi und Lidl ihr Angebot auf Mehrweg ausweiten. Die Einnahmen aus der Einweg-Abgabe könnten zudem gezielt zur Mehrwegförderung eingesetzt werden. Deutschlands Verpackungsgesetz verlangt

einen Anteil von 70 Prozent Mehrweg im Getränkebereich, aktuell liegt die Quote jedoch bei mageren 43 Prozent. Nur wenn auch große Discounter Mehrweg anbieten, wird die Quote kräftig steigen. Für die Umwelt wäre der positive Effekt beachtlich: Würden alle alkoholfreien Getränke ausschließlich in Mehrwegflaschen statt in Einweg abgefüllt, ließen sich pro Jahr bis zu 1,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Das entspricht dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 900.000 Mittelklassewagen, die im Durchschnitt 13.000 km pro Jahr fahren. (tf)

Anzeige .....

# DIE WELT MUSS WIEDER SCHÖN WERDEN

## Aber wie? Warum Weltretten ohne Kultur nicht geht

Mit Annahita Esmailzadeh, Arno Frank, Esra Küçük, Ricarda Lang, Wolf Lotter, Nils Minkmar, Luisa Neubauer, Robert Pfaller, Eva von Redecker, Claudia Roth, Ramin Seyed-Emami und Harald Welzer.



AUS DER REIHE:



„Wir machen Ernst“ ist das Schwerpunktthema des Jahres von taz FUTURZWEI. Teil 1 (Menschen) und Teil 2 (Wirtschaft) sind bereits erschienen.

Die neue taz FUTURZWEI

» taz FUTURZWEI-Abo-Prämie  
Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop



taz FUTURZWEI  
Magazin für Zukunft und Politik

# Über Grenzen hinweg für eine bessere Zukunft

Beim Global Nature Fund (GNF) gibt es Anlass zu feiern: Die Umweltstiftung blickt auf 25 Jahre mit vielfältigen und erfolgreichen Natur- und Umweltschutzaktivitäten und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit auf der ganzen Welt zurück.



Angefangen hat alles in einem kleinen Büro im ehemaligen Radolfzeller Milchwerk mit zwei Angestellten, einigen Ehrenamtlichen und der Aufgabe, das 1998 für den Seen- und Feuchtgebietsschutz gegründete, globale Living Lakes-Netzwerk mit Leben zu füllen. Auf den Gängen der heutigen Hauptgeschäftsstelle des GNF im Radolfzeller Innovationszentrum ist es

derzeit trotzdem eher ruhig, da viele der 25 Mitarbeitenden auf Dienstreisen sind, um Projekte in Paraguay, Indien oder der Mongolei zu besuchen. Ein enger Austausch mit den Partnern in den Projektländern ist essentiell – auch die Teams an den GNF-Standorten Bonn und Berlin stehen ständig mit ihnen in Kontakt.

Zu den Mitgründern des GNF im Jahr 1998 zählte Gerhard Thielcke, Biologe und

Naturschutz-Leitfigur. Er formulierte das Ziel, Erfahrungen der deutschen Umweltbewegung in globalen Projektpartnerschaften weltweit auszutauschen. Und genau das macht das Team des GNF: Es koordiniert aktuell 40 Projekte in allen Erdteilen. In Indien setzt sich die Stiftung beispielweise für den Schutz und die Wiederaufforstung der Westghats ein, einem ausgedehnten bewaldeten Gebirge mit besonders großer Arten-

## Die Meilensteine des Global Nature Fund

**1998** Am 29. April wird der Global Nature Fund (GNF) als **gemeinnützige Stiftung** anerkannt.



Am 11. Juni folgt die offizielle Gründung des Netzwerkes **„Living Lakes – Lebendige Seen“** in Los Angeles durch den GNF.

**1999** Am Bodensee findet die **erste Living Lakes-Konferenz** statt. Der GNF übernimmt die Koordination und Organisation des Living Lakes-Netzwerkes.

**2000** Der GNF stellt auf der **Weltausstellung EXPO** in Hannover ein **Solarboot** für den innovativen Einsatz erneuerbarer Energien vor.



**2004** Die erste Ernennung **„Bedrohter See des Jahres“** fällt auf den Chapala-See in Mexiko.

**2005** Der GNF erhält zum ersten Mal eine **UN-Auszeichnung** in der **„Dekade für Bildung und nachhaltige Entwicklung“**.

**2006** Start des ersten **Mangroven-Wiederaufforstungsprojekts** in Tsunami-Regionen in Sri Lanka.



**2007** Der GNF tritt der **Klima-Allianz Deutschland** bei.

Das Living Lakes-Netzwerk umfasst bereits **50 Mitglieder**.

**2008** Im September wird das **10-jährige Bestehen** des Living Lakes-Netzwerkes im Rahmen der **12. LL-Konferenz** in Italien gefeiert.

**2010** Am 1. Januar 2010 startet die Europäische **„Business & Biodiversity“-Kampagne**.

**2011** Erster **„Lebendiger See des Jahres“** ist der Plauer See in Mecklenburg-Vorpommern.

vielfalt, in der Mongolei für nachhaltigen Tourismus am Hovsgolsee und in Südasien für die Wiederaufforstung der für Klima und Umwelt so wichtigen Mangrovenwälder.

### Die Netzwerkarbeit wirkt

Der Gewässerschutz spielt nach wie vor eine zentrale Rolle in der Arbeit des GNF. Das Netzwerk Living Lakes wächst beständig – momentan sind es 115 Partnerorganisationen auf allen Kontinenten – und sorgt dafür, dass weltweit immer mehr bedrohte Seen und Feuchtgebiete geschützt werden. Aktuell koordiniert der GNF das „Living Lakes Biodiversity and Climate Project“ (LLBCP), in dem 13 Organisationen aus zehn Ländern zusammenarbeiten. Das Bundesumweltministerium fördert das innovative Projekt. „LLBCP ist ebenso vielseitig wie wirkungsvoll. Wir schaffen zum Beispiel im indischen Bhitarkanika National Park bio-

diversitätsfreundliche Geschäftsmodelle für den Ökotourismus. In Malawi helfen wir mittels nachhaltiger Aquakultur die Überfischung des Malawisees aufzuhalten. Und auf den Philippinen installieren wir im Feuchtgebiet Paligui sogenannte Grünfilter, also Pflanzenkläranlagen, mit denen sich die Abwässer der wachsenden Städte gezielt behandeln lassen“, fasst der Biologe Thomas Schaefer, der beim GNF den Bereich Living Lakes leitet, das Projekt zusammen.

Doch der GNF ist nicht nur in fernen Ländern aktiv, denn auch in Deutschland gibt es Handlungsbedarf. So hat der GNF gemeinsam mit der Bodensee-Stiftung und Partnern in Italien das EU-geförderte Projekt „LIFE Blue Lakes“ ins Leben gerufen, das auf Mikroplastikverschmutzungen in Binnengewässern, unter anderem dem Bodensee, aufmerksam macht und Lösungen präsentiert. Und das Projekt „Natur ohne Barrieren!“ setzt Maßnahmen für inklu-

sives Naturerleben für Menschen mit Behinderung in acht deutschen Naturschutzzentren um.

### Weltweites Engagement mit breiter Expertise

Zum vielfältigen und wirkungsvollen Engagement der Stiftung erläutert Geschäftsführer Udo Gattenlöhner: „Unser aktives Team hat den GNF von einer Umweltstiftung mit Expertise im Bereich Seenschutz zu einem Verband entwickelt, der in vielen wesentlichen Fragen des Natur- und Umweltschutzes mitwirkt: Ob Mangroven- und Klimaschutz in Südasien, sauberes Trinkwasser in Afrika, nachhaltiger Tourismus in Mittelamerika oder öko-faire Lieferketten für europäische Unternehmen – wir ergreifen die Initiative und arbeiten gemeinsam mit unseren Partnern in aller Welt an einem besseren Morgen.“ (es)

**2012** GNF-Präsidentin Marion Hammerl erhält den **Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland** im Schloss Bellevue.



Das Living Lakes-Netzwerk ist auf **102 Mitglieder** angewachsen.

**2016** Übergabe der **UN-Dekade-Auszeichnung** an das Projekt „**Netzwerk Lebendige Seen Deutschland**“ im Rahmen der Naturschutztage in Radolfzell durch den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann.



**2021** Gründung des vom GNF koordinierten Vereins „**Food for Biodiversity**“ mit dem Ziel, den Verlust von Arten und Lebensräumen entlang von Lebensmittellieferketten zu stoppen.

**2022** Gründung der vom GNF koordinierten „**European Living Lakes Association – ELLA e.V.**“ als europäischem Dachverband für den Schutz von Seen und Feuchtgebieten.

Am Titicacasee in Peru findet die **16. Living Lakes-Konferenz** mit 150 Teilnehmenden aus der ganzen Welt statt. Das Living Lakes-Netzwerk umfasst mittlerweile **115 Mitglieder**.





# Meere in Seenot

Gemeinsam mit der Universität Hamburg und dem Fischereischutzverband Schleswig-Holstein entwickelt die DUH eine neue nachhaltige Fischreüse.

Mehr denn je brauchen wir gesunde, lebendige Meere, um die Klimakatastrophe und ihre Folgen abzumildern. Fische, Wale und andere Meereslebewesen tragen in erheblichem Ausmaß dazu bei, Kohlenstoff über Jahrhunderte im Meeresboden zu speichern. Grundschieppnetze zerstören die Meeresböden und setzen CO<sub>2</sub> frei. Wir fordern ein ökosystembasiertes Fischereimanagement und arbeiten mit Fischern und Wissenschaftlern an alternativen Fanggeräten.

**M**eere sind nicht nur ein wichtiger Nahrungslieferant, sondern auch Lebensraum für die weltweit größte Artenvielfalt und sie produzieren bis zu 50 Prozent des Sauerstoffs, den wir atmen: Sie sind die größte Kohlenstoffsенке der Welt. In den vergangenen 200 Jahren haben die Meere mehr als 30 Prozent des globalen, von Menschen verursachten Kohlenstoffdioxids aufgenommen. Auch speicherten sie 90 Prozent der überschüssigen Wärme der letzten 50 Jahre und milderten so die Folgen der Erderhitzung.

Alle Meereslebewesen sind ein wesentlicher Teil des marinen Kohlenstoffkreislaufes, der sogenannten biologischen Kohlenstoffpumpe, die für die Kohlenstoffspeicherung essenziell ist. Das im Meer lebende Phytoplankton und andere Meerespflanzen wandeln das CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre in Kohlenstoff und Sauerstoff um, binden den Kohlenstoff in ihren Zellen und geben ihn über das Nahrungsnetz an Fische und andere Meereslebewesen weiter. Die tragen ihn in tiefere Meeresschichten, wenn sie Fäkalien abgeben oder als leblose Körper absinken. Es wird geschätzt, dass Fische 16 Prozent des gesamten Kohlenstoffflusses der biologischen Pumpe ausmachen. Mehr

Fische im Meer bedeuteten eine größere Biomasse, die wiederum mehr Kohlenstoff speichern kann.

## Der Mensch und das Meer

Die massive Überfischung hat mit dazu geführt, dass viele Fischpopulationen sich nicht mehr selbst erhalten und erholen können: Das reduziert ihre Biomasse und damit die Fähigkeit der Meere, Kohlenstoff zu speichern. Trotz ihrer Zusage, die Überfischung bis spätestens 2020 zu beenden, setzt die EU ein Drittel aller Fangquoten in ihren Gewässern immer noch höher fest als die beratenden Wissenschaftler empfehlen.

Eine der zerstörerischsten und klimaschädlichsten Fangmethoden ist die Grundschieppnetzfisherei, weil sie Korallenriffe und Muschelbänke zerstört und den Meeresboden aufwühlt. Dabei löst sich der im Boden gebundene Kohlenstoff im Meerwasser und kann danach wieder in unsere Atmosphäre gelangen, was wiederum die Klimakrise verstärkt. Die europäischen Meere sind die am stärksten mit Grundschieppnetzen befischten der Welt, 79 Prozent des Meeresbodens ihrer Küstengewässer gelten als physisch gestört. Auch der Treibstoffver-

brauch der Fischereiflotten beschleunigt die Klimakrise. Die EU-Flotten sind für fast 7,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr verantwortlich.

## Kein weiter wie bisher

Es gibt Lösungen. Vom zuständigen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir fordern wir, meeresbezogene Klimaschutzmaßnahmen, allen voran ein ökosystembasiertes Fischereimanagement (EBFM) und ein Verbot der Grundschieppnetzfisherei in Meeresschutzgebieten, durchzusetzen. Unser Ziel ist es, den Erhalt gesunder und widerstandsfähiger mariner Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Fischereien zu gewährleisten.

EBFM ist nicht auf einzelne Arten ausgerichtet, sondern berücksichtigt das gesamte Ökosystem, die Beziehungen zwischen verschiedenen Meereslebewesen, deren Platz im Nahrungsnetz sowie die Effekte der Klimakrise und anthropogene Nutzungen des Meeres. Aktuelle wissenschaftliche Studien zeigen, dass eine Umstellung auf EBFM zu gesünderen und größeren Fischpopulationen führen kann. Diese meeresbezogene Lösung steht auch Deutschland offen, um die Folgen der Klimakrise abzumildern. Auf glo-

baler Ebene könnte ihre Umsetzung sogar zu einer Reduzierung von bis zu einem Fünftel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen. Damit diese Lösungsansätze genutzt werden, haben wir Ende März im Rahmen eines von uns organisierten parlamentarischen Abends den politisch Verantwortlichen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorgestellt.

Im Kampf gegen die Überfischung machen wir auch in Brüssel und Luxemburg rund um die EU-Fangquotenverhandlungen politischen Druck. Außerdem arbeiten wir

gemeinsam mit Fischern und der Universität Hamburg an einem nachhaltigen Fanggerät. Mit der neuen Fischreue kann Beifang reduziert und lebend ins Meer zurückgesetzt werden.

Unsere Meere sind unsere wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Damit sie ihr Potenzial entfalten können, müssen die Bundes- und Landesregierungen Entscheidungen treffen, die der Zerstörung der Meere ein Ende setzen und sie als Klimaschutzler stärken. Es ist höchste Zeit zu handeln! (lb, ak)

## Meer Fische für den Klimaschutz

Hintergrundpapier zum Download:

[www.duh.de/fischerei/](http://www.duh.de/fischerei/)



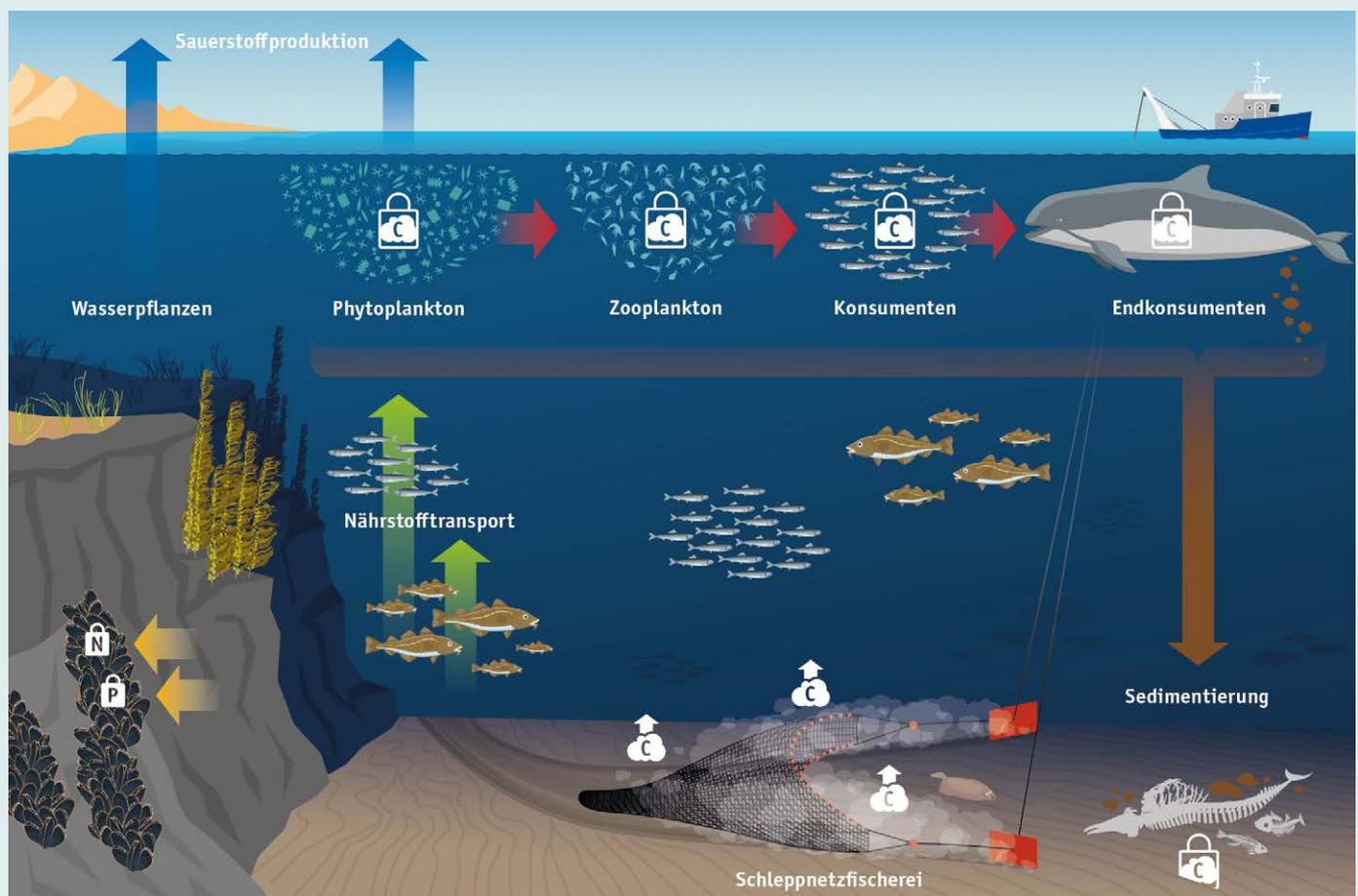
Förderer:



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

## Der marine Kohlenstoffkreislauf



Grafik: Lütgebütery/DUH

### Erläuterung der Prozesse (Pfeile)

- ➡ **Sauerstoffproduktion:** Phytoplankton und andere Meerespflanzen erzeugen mindestens 50 Prozent des globalen Sauerstoffs (O<sub>2</sub>) und damit jeden zweiten Atemzug. Sie wandeln gelöstes atmosphärisches Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) in Kohlenstoff (C) und Sauerstoff (O<sub>2</sub>) um.
- ➡ **Biologische Kohlenstoffpumpe:** Der umgewandelte Kohlenstoff (C) wird in den Zellen des Phytoplanktons gebunden. Werden diese dann von größeren Organismen wie Zooplankton oder Fischen gefressen, geben sie den gebundenen Kohlenstoff so im Nahrungsnetz weiter. Durch Ausscheidungen von z.B. Fischen und Walen oder auch durch tote Lebewesen sinkt der Kohlenstoff in die Tiefe.
- ➡ **Sedimentierung/Kohlenstoffspeicherung:** In der Tiefe der Meere wird durch Zersetzung organischer Kohlenstoff (C) zu anorganischem Kohlenstoff (C) umgewandelt. Je nach Meerestiefe, in welche der Kohlenstoff gelangt, kann er so über Jahrzehnte bis Jahrtausende gespeichert werden.
- ➡ **Nährstofftransport:** Fische und Wale transportieren auch Nährstoffe aus der Tiefe an die Meeresoberfläche, wo diese zusammen mit ihren Ausscheidungen das Phytoplankton wiederum mit Nahrung versorgen.
- ➡ **Nährstoffaufnahme:** Muscheln sind Filtrierer und tragen dazu bei, der Eutrophierung im Meer entgegenzuwirken, indem sie Stickstoff (N) und Phosphor (P) aus dem Wasser aufnehmen (Eutrophierung ist die schädliche Nährstoffanreicherung in einem Gewässer und wird oft durch einen Überschuss an N und P verursacht).

# Der Wind dreht sich für Offshore-Windkraft

Zum ersten Mal zahlen Konzerne in einem Bieterverfahren umfassend für das Recht, Windparks in Nord- und Ostsee bauen zu dürfen. Die Versteigerung durch die Bundesnetzagentur spült Milliardenbeträge in die Staatskasse. Jeweils fünf Prozent davon sind für den Meeresnaturschutz und die nachhaltige Fischerei reserviert. Noch fehlt es an klaren Konzepten für einen sinnvollen Einsatz der Gelder. Das wollen wir ändern.

**D**er 12. Juli 2023 war ein Paukenschlag für die globale Windenergiebranche. An diesem Tag wurden die Ergebnisse der mit sieben Gigawatt (GW) bis dato größten Offshore-Ausschreibung weltweit bekannt gegeben: Alleine die Öl- und Gas-Multis bp und TotalEnergies werden insgesamt 12,6 Milliarden Euro für das Nutzungsrecht an knapp 700 Quadratkilometern deutscher Meeresflächen zahlen.

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, begrüßt, dass sich der Wind nach mehrjähriger Ausbaufaute nun endlich wieder dreht: „Windstrom auf See ist mittlerweile wirtschaftlich so attraktiv, dass sich die Projektträger für den Zugriff auf die Meeresflächen gegenseitig überbieten müssen. Die Mär vom teuren Ökostrom ist damit endgültig vom Tisch.“ Wenn fossile Giganten Milliarden investieren statt Förderungen zu kassieren, ist das ein globales Statement, dass Erneuerbare sich lohnen. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren: 90 Prozent des Geldes werden eingesetzt, um die Offshore-Netzzulage und damit den Strompreis zu senken.

## Herausforderungen für den Meeresschutz

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 Offshore-Windenergieanlagen mit 30 GW Leistung und bis 2045 über 70 GW in Nord- und Ostsee zu installieren. Bislang sind lediglich 8,4 GW in der deutschen See realisiert. Mit den Vorhaben wird Deutschland einen wesentlichen Beitrag zu den Ausbauzielen der EU leisten: Bis 2030 sollen mindestens 60 GW Offshore-Windparks in den europäischen Meeren errichtet werden, bis 2050 sollen es 340 GW sein.

Der geplante Ausbau bringt große Herausforderungen für den Meeresschutz mit sich. Beides muss Hand in Hand und innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen



Mit konkreten Politikempfehlungen setzt sich die DUH für einen meeresschutzverträglichen Offshore-Ausbau ein.

passieren. Da die Meere und ihre Tier- und Pflanzenwelt selbst stark unter der Überhitzung der Ozeane leiden, ist es auch für ihren Schutz notwendig, die Emissionen weiter zu reduzieren. Umgekehrt hängt die CO<sub>2</sub>-Senkenleistung der Ozeane von deren Gesundheit ab – Meeresschutz ist also auch Klimaschutz.

Ein Anteil von je fünf Prozent der Gebotsfelder – rund 670 Millionen Euro im Jahr 2023 – gehen zweckgebunden in die Förderung von Maßnahmen des Meeresnaturschutzes und der nachhaltigen Fischerei. Verwaltet werden sie von den Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz, Umwelt und Naturschutz sowie für Ernährung und Landwirtschaft. Das Geld soll möglichst dem betroffenen Naturraum zugutekommen, alles andere ist offen. Müller-Kraenner fordert Klarheit: „Minister Habeck und Ministerin Lemke müssen zeitnah und in Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen ein Konzept mit konkreten Maßnahmen aufstellen.“

## Ökologische Tragfähigkeit geht vor

Um die Prozesse des Offshore-Ausbaus mitzugestalten, erarbeitet ein interdisziplinäres DUH-Team Politikempfehlungen für einen meeresschutzverträglichen Wind-Ausbau. Im Juli sind wir der Offshore Coalition for Energy and Nature (OCEaN) beigetreten und kooperieren mit internationalen Akteuren der Wind- und Netzbranche sowie anderen NGOs. Wir werden unsere Forderungen und Vorschläge aus Natur- und Verbraucherschutzsicht weiter in die politische Debatte einbringen. Alle Offshore-Vorhaben müssen an der ökologischen Tragfähigkeit der Nord- und Ostsee ausgerichtet werden. Naturschutz und Offshore-Windparks sollten Vorrang vor Seeschifffahrt, Ressourcenabbau und Militär erhalten.

Bereits 2024 werden nochmals acht GW ausgeschrieben und damit mindestens dreistellige Millionensummen in den Meeresschutz fließen. (jo, cg)

# Gegen fossile Mega-Projekte an der Küste

Die Bundesregierung drängt auf den Neubau fossiler Infrastruktur an Nord- und Ostsee. Drei schwimmende Terminals für den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) sind bereits in Betrieb, mindestens sieben weitere geplant.

**L**NG ist keine zukunftsfähige, klimaschützende Alternative und zudem zeigen Berechnungen führender energiewirtschaftlicher Institute: Die Versorgungslage ist stabil und die Terminals sind überflüssig. Die Großprojekte betreffen ökologisch sensible Gebiete wie das Wattenmeer und den Greifswalder Bodden. Dort sind Seevögel, Kegelrobbe und Ostsee-Schweinswal bedroht.

## Rügen und die Ostsee schützen

Ein Fokus unserer Arbeit liegt derzeit auf dem LNG-Projekt auf Rügen. Entgegen wissenschaftlicher Befunde, dem Protest von Anwohnenden und NGOs hat die Bundesregierung im Juli diesen Standort neu in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen. Dadurch werden notwendige Umweltsicherungen ausgesetzt und Beteiligungsrechte eingeschränkt. Gemeinsam mit den Rügianerinnen und Rügianern wollen wir dieses überflüssige und umweltschädliche Vorhaben verhindern.

Neben der Stationierung von zwei Terminal-Schiffen in Mukran und der Ausbaur

gerung des Hafens kritisieren wir besonders die geplante Pipeline, durch die das Erdgas nach Lubmin transportiert werden soll. Gemeinsam mit der Ostseeschutzallianz haben wir in einem naturschutzrechtlichen Hintergrundpapier die Folgen des Vorhabens für die betroffenen Ostseegebiete analysiert. Klar ist: Die Pipeline ist eine enorme Gefahr für das Ökosystem Ostsee. Deshalb haben wir Klage eingereicht und einen Antrag auf die Aussetzung des Baubeginns gestellt. Zuvor hatten wir auch gegen den Betrieb

des Terminalschiffs der Deutschen ReGas im Hafen von Lubmin geklagt, den wir ebenfalls für rechtswidrig halten.

## Widerstand auch an der Nordsee

Auch an den anderen LNG-Standorten treten wir gegen die Umweltzerstörung ein: In Wilhelmshaven kritisieren wir insbesondere die Einleitung giftiger Biozide in das Wattenmeer. In Brunsbüttel gibt es Unstimmigkeiten bezüglich der Schadstoffemissionen des Terminals. In Stade läuft aktuell das Genehmigungsverfahren für das erste feste, landseitige LNG-Terminal in Deutschland. Obwohl wir und andere Umweltaktive fundierte natur- und störfallrechtliche Bedenken eingebracht haben, hat die zuständige Behörde den Erörterungstermin abgesagt. Das zeigt erneut, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die sorgfältige Prüfung der Anträge keine ernsthafte Beachtung finden.

Gemeinsam mit Partnern vor Ort stellen wir uns diesen vielfältigen Herausforderungen und stemmen uns gegen die neuen fossilen Mega-Projekte. (nb)



Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner bei einer Protestaktion vor dem Kanzleramt.

Foto: DUH

Anzeige

## LUST AUF NATUR & Wildnis?

Dann testen Sie jetzt **NATIONALPARK**:

**2 Ausgaben** im Probeabo für nur **9,60 Euro** statt 12,- Euro inkl. Versand mit dem Code **DUH20**



Bestellung und Leseproben unter [www.nationalparkzeitschrift.de](http://www.nationalparkzeitschrift.de)



# DRUCK MACHEN!

Ende August hat DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch sein erstes umweltpolitisches Buch veröffentlicht. Darin schildert er Erfahrungen aus mehr als 40 Jahren Umweltschutz und erklärt das ‚Prinzip DUH‘. Wir wollten wissen: Warum gerade jetzt ein Buch? Was ist seine Botschaft?

## **Du engagierst dich seit vier Jahrzehnten für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz. Warum jetzt ein Buch?**

Gerade jetzt, zur Halbzeit der Legislaturperiode, zeigt sich, dass die Umwelt- und Klimaschutzpolitik der Ampel-Regierung weitgehend gescheitert ist. Selbst ihr eigener Expertenrat attestiert ihr, dass die Klimaziele für 2030 so nicht zu erreichen sind. Die Regierungsparteien überlassen wesentliche Entscheidungen den Energie-, Chemie- und Autokonzernen. Sie kapitu-

lieren zunehmend vor den Interessen der Industrie – wie davor auch schon die vier Merkel-Regierungen! Im Fall der geplanten Abschwächung des Klimaschutzgesetzes drohen wir im Klima- und Umweltschutz sogar hinter das zurückzufallen, was vor einer Regierungsbeteiligung der Grünen durch Druck der Fridays und unserer Klimaklagen erreicht wurde. Deswegen halte ich gerade jetzt die Diskussion für zwingend notwendig, wie wir dennoch einen wirksamen Umwelt- und Klimaschutz durchsetzen können.

Mit meinem Buch will ich Mut machen und zeigen, dass wir den Interessen von Großkonzernen nicht ohnmächtig ausgeliefert sind und es sich lohnt, einzeln oder gemeinsam für die notwendigen Veränderungen zu kämpfen.

## **An welchen Beispielen machst du die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Konzernen in den vergangenen Jahrzehnten fest?**

Sie ist die Folge einer langen und fatalen Entwicklung. Vor 41 Jahren ist es noch relativ schnell gelungen, ein Verbot des extrem giftigen Pestizid-Wirkstoffs Endrin zu erwirken. Heute manipulieren Chemiekonzerne Regierungsentscheidungen, um Gifte wie Glyphosat weiter im Markt zu halten. Der Diesel-Abgasskandal ist ein weiteres Beispiel, der größte und bis heute andauernde Industrieskandal der deutschen Nachkriegsgeschichte. Knapp zehn Millionen Diesel-Fahrzeuge mit nicht funktionierender Abgasreinigung sind weiterhin auf deutschen Straßen unterwegs, ohne dass Kraftfahrtbundesamt und Verkehrsministerium eine Stilllegung oder Nachrüstung anordnen. Mir war es wichtig, nochmal im Detail zu dokumentieren, wie die Autokonzerne generalstabsmäßig die Vermeidung teurer Abgasreinigungstechnik planten, frühzeitig Zulieferfirmen mit der Entwicklung der Abschalteinrichtungen beauftragten und bis heute anhaltend konspirativ mit Politik und Behörden zusammenspielen. Mehr als 40 Jahre im Umweltschutz haben mir vor allem eins gezeigt: Von selbst wird es nicht besser. Der Blick zurück auf diese Beispiele wie unseren Kampf für Saubere Luft, das Dosenpfand oder den Klimaentscheid des Verfassungsgerichts ist gleichzeitig eine Anleitung, wie es weitergeht und zeigt eben auch: Mit ausreichend Druck einer starken Zivilgesellschaft lassen sich Veränderungen durchsetzen!

## **Trotzdem gibt es inzwischen nicht Wenige, die enttäuscht sind und sogar aufgeben wollen. Was sagst du ihnen?**

Um für ausreichenden Schutz von Natur, Umwelt und Klima zu sorgen, müssen wir massiv Druck ausüben: durch jeden



Jugendliche und junge Erwachsene nach einer Pressekonferenz im Frühjahr 2021. Unterstützt von der DUH hatten sie damals ein historisches Klimaurteil vor dem Bundesverfassungsgericht erwirkt.

Einzelnen und in zivilgesellschaftlichen Gruppen. Und wir müssen vor Gericht Recht und Gesetz durchsetzen. Das bezeichne ich als ‚Prinzip DUH‘ – wir beklagen uns nicht, sondern verklagen Staat und Wirtschaft. Gerade jetzt beim Fehlen einer ökologisch interessierten Oppositionspartei kommt es auf die Menschen und die Gerichte an. Wir sind nicht ohnmächtig! Unser ‚Prinzip DUH‘ funktioniert.

In Berlin wollte der neue CDU-Bürgermeister Wegner als erste Amtshandlung den Radwegeausbau stoppen und sogar gerade fertiggestellte Radwege in Autoparkplätze umwandeln. Innerhalb weniger Wochen ist es uns gelungen, durch Klagen vor dem Berliner Verwaltungsgericht diese absurden Entscheidungen rückgängig zu machen und damit diese Radwege in Berlin zu erhalten und weiter ausbauen zu können.

So arbeiten wir im Kleinen und auch bei den großen Klimathemen wie der Verteidigung des Klimaschutzgesetzes oder eben der Aufdeckung des Dieselgate-Skandals. Deshalb mein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger: Wir als Zivilgesellschaft können den Umwelt- und Klimaschutz gemeinsam schaffen!

**In deinem Buch zeigst du, dass die Lebensqualität unserer Kinder auf dem Spiel steht und wir immer häufiger gezwungen sind, Recht und Gesetz gegen Wirtschaft und Regierungen zu verteidigen. Was gibt dir Anlass zum Optimismus?**

Die wachsende Menge an Menschen, die sich an die DUH wenden und sich stärker engagieren möchten, macht mir Mut! Wir werden deshalb unsere Kräfte künftig noch stärker darauf ausrichten, diese engagier-

**„Gemeinsam können wir es schaffen und einen wirksamen Natur- und Klimaschutz durchsetzen – wenn wir DRUCK MACHEN!“**

Jürgen Resch

ten Menschen in Deutschland zu motivieren und einzubinden. Wir akzeptieren nicht, wenn Kanzler und Minister Bundesgesetze brechen, die die Zukunft unserer Kinder schützen sollen oder große Wirtschaftskonzerne immer unverschämter ihre Interessen durchsetzen. Gemeinsam halten wir dagegen und werden DRUCK MACHEN! ■



Die Fragen stellte Andrea Kuper, Chefredakteurin der DUHwelt.

Anzeige .....



**DRUCK MACHEN!**

**Wie Politik und Wirtschaft wissenschaftlich Umwelt und Klima schädigen – und was wir wirksam dagegen tun können.**

Jürgen Resch

Jürgen Resch ist als Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe einer der bekanntesten und wirkungsvollsten Umweltaktivisten unserer Zeit. Doch seit Jahrzehnten macht er immer wieder die bittere Erfahrung: Der Staat kapituliert vor den Interessen großer Konzerne. Wider besseres Wissen bleiben Umwelt und Klima auf der Strecke.

Wenn sich daran etwas ändern soll, müssen wir Druck machen, sagt Resch deshalb. Aus seinem reichen Erfahrungsschatz als Umweltschützer erzählt er schier unglaubliche Fälle von Kumpanei, die Mensch und Natur schaden – und wie die Deutsche Umwelthilfe dem mit kreativen Aktionen und Kampagnen, investigativer Recherche oder Klagen vor Gericht entgegentritt.

Ludwig Verlag 2023, Hardcover, 336 Seiten, ISBN: 978-3-453-28159-2  
EUR 22,00 inkl. MwSt., kostenfreier Versand

**Bestellen Sie online: [www.duh.de/dgz2v](http://www.duh.de/dgz2v)**



DUH Umweltschutz-Servicegesellschaft mbH | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell



# Wir klagen auf Erhalt der Gäubahn in Baden-Württemberg

Erstmals in Deutschland soll eine transeuropäische Bahntrasse wie die von Stuttgart in den Süden reichende Gäubahn für bis zu 15 Jahre vom Bahnverkehr abgetrennt werden. Wir haben uns dazu entschieden, diese noch dazu rechtswidrige Verschlechterung des Bahnverkehrs in dem grün regierten Bundesland auf dem Klageweg zu stoppen.



Sobald im Jahr 2025 die ersten Züge durch den neuen Stuttgart 21-Bahnhof rollen, will die Deutsche Bahn weite Teile Baden-Württembergs, der Schweiz und Norditaliens vom Bahnknoten Stuttgart abschneiden. Für bis zu 15 Jahre werden alle auf der Gäubahn verkehrenden Züge im Vorort Vaihingen enden. Fernreisende und täglich Tausende von Pendlern sollen dort in S-Bahnen umsteigen, um zur Arbeit und zum Hauptbahnhof zu gelangen. Das ist zeitraubend und unkomfortabel; viele Wechselwillige werden das nicht mitmachen und weiter Auto fahren. Oder noch schlimmer: Bahnfahrer wechseln zurück – die Autokonzerne reiben sich schon jetzt die Hände und die dringend notwendige Mobilitätswende wird so weiter auf die lange Bank geschoben, zum Schaden von Umwelt und Klima.

Geplant wurde die Abkopplung weiterer Teile Baden-Württembergs vom Stuttgarter Bahnknoten ohne Not: Die jetzige Verbindung funktioniert seit über 100 Jahren und könnte problemlos weitergenutzt werden. Doch milliardenschwere Immobilienunter-

nehmen spekulieren auf die Fläche des bisherigen Kopfbahnhofs.

## Unser Anliegen erntet viel Zustimmung

Im Juni haben wir deshalb vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg Klage gegen das Eisenbahn-Bundesamt erhoben. Unser Ziel: Die rechtswidrige Planung zu Lasten der Menschen in der Region darf nicht in die Tat umgesetzt werden und die Deutsche Bahn darf nicht jahrelang ein halbes Bundesland vom europäischen Eisenbahnverkehr abtrennen. Die Oberbürgermeister von Böblingen, Tuttlingen, Konstanz, Singen und Radolfzell sowie ein Regierungsvertreter der Schweiz unterstützen das Anliegen. Für eine auch aus Klimaschutzgründen notwendige Stärkung des Bahnverkehrs muss die Gäubahn dauerhaft angebunden bleiben und zudem schnellstmöglich modernisiert werden.

Wir sind zuversichtlich, dass die Gäubahn dank unserer Klage nicht abgekoppelt wird. Damit sind wir auf so großes Interesse

und so viele Hilfsangebote gestoßen, dass wir spontan eine Gäubahn-Patenschaft eingerichtet haben: Denn wir rechnen mit Anträgen und Gegengutachten, auf die wir jeweils schnell und sachkundig reagieren müssen. Notfalls werden wir diese Grundsatzklage bis hinauf zum Bundesverwaltungsgericht führen, um die Verkehrswende und den Klimaschutz mit aller Macht voranzutreiben. Da ist uns jede helfende Hand herzlich willkommen! (ph)



»Die jahrelange Gäubahn-Kappung wäre nicht nur absolut unvernünftig, sondern auch rechtswidrig.«

**Jürgen Resch**  
DUH-Bundesgeschäftsführer  
(gaeubahn@duh.de)



# DAS SIND DEINE CO<sub>2</sub>- KOMPENSATIONS-BÄUME\*

\* Im Durchschnitt kann ein Baum pro Jahr rund 10 Kilogramm CO<sub>2</sub> binden. Die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen betragen rund 35 Milliarden Tonnen jährlich. Um diese zu binden, bräuchte es 3500 Milliarden Durchschnittsbäume. Geschätzt stehen auf der Welt 3000 Milliarden Bäume – derzeit werden es jährlich rund 15 Milliarden weniger.

In Brasilien wurde 2021 erstmals wieder so viel Wald zerstört wie im Rekordjahr 2004. Die Abholzungsrate im brasilianischen Regenwaldgebiet ist laut Umweltschutzorganisation Allrise um 88 Prozent gestiegen, seit dort Präsident Jair Bolsonaro im Amt ist.

Bis zum Jahr 2030 sollen in der EU 3 Milliarden Bäume gepflanzt werden. Zu ihrem Schutz und zum Schutz des Klimas braucht es nachhaltige Waldbewirtschaftung.

6 AUSGABEN  
25 EURO

Klimafakten in Perspektive gesetzt.

**BIORAMA**

MAGAZIN FÜR NACHHALTIGEN LEBENSSTIL

# Im Einsatz für die Finanzen der DUH

Er tut weit mehr, als im Blick zu behalten, dass Gelder effizient und transparent eingesetzt werden. Seit Beginn des Jahres verantwortet Stefan Johag den Bereich Finanzen der DUH. Als ehemaliger Offizier und aus unterschiedlichen Leitungspositionen bei den Maltesern bringt er ein breites Erfahrungsspektrum mit.



Dr. Stefan Johag, Leiter Finanzen

„**M**ein Berufsweg hat natürlich nicht automatisch hierhergeführt, wenn man andererseits meine Entwicklung der letzten Jahre betrachtet, ist er eigentlich eine logische Entwicklung. Und deswegen war es für mich irgendwie vollkommen naheliegend, ganz schnell ja zu sagen, als die DUH auf mich zukam“, sagt Stefan Johag lachend auf die Frage nach seinem abwechslungsreichen beruflichen Werdegang.

Nur ein kurzer Blick auf seinen Lebenslauf verrät schon, dass lebenslanges Lernen ihm selbstverständlich ist. Während seines zwölfjährigen Dienstes bei der Bundeswehr studierte er Staatswissenschaften und absolvierte die Offizierslaufbahn. Danach folgten 20 Jahre beim Malteser Hilfsdienst in den unterschiedlichsten Leitungsfunktionen, in den beiden vergangenen Jahren als Leiter der Stabsstelle Finanzen und Controlling des Fundraisings und Projektleiter. Und „nebenbei“, also berufsbegleitend, promovierte er in Staatswissenschaften, ließ sich zum Fundraiser ausbilden und setzt einen weiteren Abschluss, den Master of Business Administration, drauf. „Beruflich habe ich mich die letzten Jahre aufbauend auf dem MBA-Studium mit meinen Tätigkeiten bei den Maltesern verstärkt um die Jahresplanung fürs Fundraising und Marketing, Vorausschauen, Controllingthemen, innerorganisatorische Abstimmungen, Verwaltungs- und Digitalisierungsprojekte gekümmert. Und all das zusammengenommen passt nun wie die Faust aufs Auge für die jetzige Tätigkeit.“

## Ein klares Profil

Beruflich stand für ihn ohnehin der nächste Schritt an. Das Wirken der DUH hatte er längst aus der Ferne mitverfolgt, unter anderem im Dieselskandal und zum Böllerverbot. „Toll, was die machen“, dachte er sich. „Einen vollen Einsatz für eine Organisation, zu deren Inhalten ich nicht stehen würde, kann ich mir gar nicht vorstellen. Das geht auch nicht bei einer Organisation wie der DUH, die ein echt klares Profil hat. Deshalb freue ich mich, jetzt hier zu sein und meinen Beitrag dazu leisten zu können, dass die DUH ihre Ziele erreicht.“ Seit neun Monaten leitet der 53-Jährige nun schon die Finanzabteilung, ist in der DUH gut angekommen und das gleich in mehrfacher Hinsicht: in seinem umfangreichen Verantwortungsbereich von Buchhaltung über Spendenverwaltung, Haushaltsplanung bis zur IT – und beim Team der DUH.

Neben den tagesaktuellen und organisatorischen Aufgaben hat sich der gebürtige Kölner auf den Zettel genommen, den digitalen Wandel für seinen Bereich fortzuschreiben. „Die Digitalisierung ist für alle Vereine und Stiftungen eine Herausforderung, da sie Auswirkungen auf alle Bereiche und Tätigkeiten hat. Wir müssen sie in einer wachsenden DUH mit inzwischen 200 Mitarbeitenden aktiv so gestalten, dass wir offen für Neues sind, aber gleichzeitig unsere DUH-Identität erhalten bleibt. Für meinen Bereich geht es dabei vor allem um Fragen wie Ablaufsicherheit, Dokumentation, Integration in vorhandene Prozesse und Effizienz.“

## Transparenz und Seriosität

Stefan Johag arbeitet gerne mit Menschen zusammen, die schöne Atmosphäre und die konstruktive Zusammenarbeit mit seinem 20-köpfigen Team schätzt er sehr. Ob er spezifische Fähigkeiten in seiner Zeit beim Militär erworben hat, die für sein ziviles Berufsleben wertvoll sind, wollten wir von ihm wissen. „Aufgaben anzugehen und zu lösen, bei Problemen bei Bedarf langfristig durchzuhalten, Herausforderungen zu meistern und Dinge richtig einzuordnen, ist auf jeden Fall hilfreich im Arbeitsleben.“ Transparenz und Seriosität sind ihm nicht nur den Spendern gegenüber wichtig: „Politisch dürfen wir auf der Aktionsebene nicht nachlassen, als „Schnellboot“ zur richtigen Zeit den entsprechenden Druck auf die Politik auszuüben, dürfen aber auch bei entsprechendem Gegendruck keine Angriffsfläche auf der Verwaltungsebene bieten und müssen transparent und seriös juristische und finanztechnische Informationen bereithalten.“

Wenn er abends die Geschäftsstelle in Radolfzell verlässt, kann er sich nun auch auf sein privates Team freuen: In den Sommerferien sind jetzt auch seine Frau und seine vier Kinder von Bonn an den Bodensee gezogen. (ak)

# Klare Worte von der Klimakanzel

Wenn Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner von Mitgeschöpfen statt von Tieren spricht, ist das für ihn nicht alltäglich. Am 10. September bestieg er im Bremer St. Petri-Dom die „Klimakanzel“, um Antworten auf die Frage „Wie wollen wir morgen leben?“ zu geben.

Die „Klimakanzel“ ist ein Gottesdienstformat vom ökumenischen Rogate-Kloster und dem St. Petri-Dom, zu dem jeweils eine Person, die Verantwortung in der Klimakrise übernimmt, eingeladen ist, eine Kanzelrede zu halten.

Als Biologe befasst sich Müller-Kraenner mit der komplexen Krise aus Klimaveränderung, dramatischem Naturverlust und Artensterben: „Der Klimawandel ist weder für uns etwas Abstraktes, noch für unsere Mitgeschöpfe auf diesem Planeten. Schon jetzt verlieren Arten, oft unbemerkt, ihren Lebensraum oder können sich nicht schnell genug anpassen. Wir sollten uns darüber Sorgen machen, nicht nur aus ethischen Erwägungen, sondern auch, weil das Netz der Natur die Grundlage menschlichen Wirtschaftens und Lebens ist. Wenn dieses Netz reißt, hilft uns kein noch so ausgefeilter technologischer Fortschritt. Klimaschutz geht deswegen auch nur mit und nicht gegen die Natur.“

Mut macht er seinen Zuhörerinnen und Zuhörern mit vielen Lösungsansätzen wie dem Natürlichen Klimaschutz oder Grünflächen als Klimaanlage in den Städten.

„Was die christliche Tradition ‚Erhalt der Schöpfung‘ nennt und der Gedanke von der Einheit von Mensch und Natur, ist als Wissen in allen großen Kulturen und Glaubenssystemen verankert“, so Müller-Kraenner. Die Einladung, mit seiner politischen Botschaft Impulse zu geben und zum Handeln zu motivieren, nahm Sascha Müller-Kraenner gerne an. (ak)



Anzeige



## Damit Ihr Vermächtnis ankommt

**Alles hat seine Zeit:** Wir bieten regelmäßige **Testament-Telefon-Sprechstunden** an: donnerstags 10:00 bis 12:00 und 14:00 bis 16:00 Uhr.

**Jedes Leben ist anders:** Wir **informieren vertraulich**, wie Sie die Deutsche Umwelthilfe in Ihrem Testament berücksichtigen können.

**Klarheit vermeidet Streit:** Für rechtsverbindliche Auskünfte vermitteln wir an **Anwältinnen und Anwälte** aus dem Bereich Erbrecht.

**Gerecht soll es sein:** Besuchen Sie unseren Erbenrechner

NEU

[www.mein-erbe-tut-gutes.de/erben-rechner-deutsche-umwelthilfe/](http://www.mein-erbe-tut-gutes.de/erben-rechner-deutsche-umwelthilfe/)



Ansprechpartnerin für Vermächtnisse,  
Erbenschaften und Schenkungen:  
**Jutta Windeck** | Deutsche Umwelthilfe e. V.  
Tel. +49 30 2400867-516 | [windeck@duh.de](mailto:windeck@duh.de)



Mein Erbe  
tut Gutes.  
Das Prinzip Apfelbaum



## Der Doppelgesichtige sucht Unterschlupf

Wo der Tisch reich gedeckt ist mit Mäusen und wo noch dazu Nistplätze in Baumhöhlen oder Gebäudenischen zu finden sind, bleibt der Steinkauz gerne. Streuobstwiesen und andere offene Kulturlandschaften mit altem Baumbestand sind seine liebsten Lebensräume. Vielerorts hat ihn aber die intensive Agrarwirtschaft seiner Heimat beraubt.

■ von Peer Cyriacks

**B**auer Kamphenkel dreht mit seinem betagten Traktor eine letzte abendliche Runde auf einer Mähwiese im Münsterland. Seine kleine Landwirtschaft betreibt er nur noch aus Liebe zur Heimat. Geld verdienen lässt sich damit nicht mehr. Macht aber nichts, Kamphenkel ist bereits in Rente. Er mäht die Wiese spät im Jahr; den baufälligen Schuppen an der Ecke lässt er stehen, denn er weiß: Dort brütet seit Jahren ein Paar Steinkäuze. Er beobachtet die niedlichen Vögel gerne. Verglichen mit anderen Eulen sind Steinkäuze wenig scheu und zeigen sich auch am Tag, zum Beispiel auf einem Zaunpfahl sitzend und vorbeihuschende Mäuse, Vögel oder auch große Heuschrecken und Grillen jagend. Solche bevorzugten Plätze heißen Sitzwarten.

Der Steinkauz ist seit vielen Jahrhunderten ein Begleiter offener Kulturlandschaften. Lange Schneeperioden, die dem Mäusejäger Probleme bereiten würden, sind im atlantisch geprägten Westen rar. In Deutschland kommt der kleine Kauz daher vor allem im Westen vor, wo er strukturreiche Wiesen oder Obstgärten seine Heimat nennt. In seinem Revier bleibt er das ganze Jahr. Zwar ist er selten, aber in weiten Teilen Europas beheimatet, von Portugal bis zur Türkei.

### Höhlen in großer Vielfalt

Wie viele Eulen ist der Steinkauz ein Höhlenbrüter und damit auf Baumhöhlen und ähnliche Unterschlupfe angewiesen. Seinem Namen macht er Ehre, indem er Nischen in Felsen oder alten Gemäuern aufsucht. Auch menschengemachte Brutröhren nimmt er an, die Naturschutzaktive dort ausbringen, wo man dem Kauz



Wenn die Jungvögel das Nest verlassen haben, füttern die Eltern sie noch weiter. Erst nach fünf weiteren Wochen suchen sie sich ihr eigenes Revier.

wieder Lebensraum bieten möchte. So im Brandenburger Naturpark Nuthe-Nieplitz, südlich von Potsdam, wo seit einigen Jahren ein Wiederansiedlungsprojekt läuft. 2021 konnten dort bereits 28 Brutplätze, 12 erfolgreiche Bruten und 34 Jungvögel gemeldet werden. Bei Familie Steinkauz ist das Brüten Frauensache. Aus dem Gelege mit drei bis fünf runden, weißen Eiern schlüpfen nach einem Monat die Küken. Die fürsorglichen Eltern füttern sie noch weiter, nachdem die Jungvögel das Nest verlassen haben. In dieser Phase nennt man junge Eulen Ästlinge, weil sie sich überwiegend im Geäst aufhalten. Erst nach weiteren fünf Wochen sucht sich der Nachwuchs ein eigenes Revier.

## Ausgeräumte Landschaft – nein, danke

Modernisierung, Flurbereinigung und Landnutzungsänderungen haben in den letzten Jahrzehnten Steinkauz-Lebensräume und geeignete Nistplätze reduziert. Streuobstwiesen, diese vielbeschworenen Motoren der Artenvielfalt, werden immer rarer. Wo es sie noch gibt, sind sie wegen der Fülle an Nagetieren und an Baumhöhlen auch für Steinkäuze sehr attraktiv. Waren Feldwege früher mit Eichen, Erlen oder Kopfweiden gesäumt, sind sie heute baumlos – vor allem, weil die moderne Agrarwirtschaft breite, maschinengerechte Wege benötigt. All dies hat zu einem bedenklichen Rückgang der Steinkauzpopulation geführt.

## Mit strengem Blick

Der Steinkauz ist eine kleine Eule, kaum größer als eine Faust, mit relativ langen, kräftigen Beinen. Die Oberseite ist hellbraun mit hellen Punkten. Wie alle Eulen hat auch der Steinkauz recht große Augen, die Iris ist auffällig gelb. Die Augen stehen schräg und verleihen dem Kauz zusammen mit den kräftigen Brauen den Gesichtsausdruck eines strengen Oberstudienrats aus alten Heinz Rühmann-Filmen.

Auf der Rückseite des Kopfes trägt der Steinkauz ein helles Dreiecksmuster, das einem Eulengesicht gleicht. Auch andere Eulenarten tragen dieses Occipitalgesicht genannte Muster. Die Theorie: Es gaukelt Feinden vor, dass sie beobachtet werden. Könnte stimmen, denn diese Taktik kennt man ähnlich auch aus anderen Tiergruppen.

## Steckbrief

**Steinkauz** (*Athene noctua*)

**Verwandtschaft:** Familie Strigidae (Echte Eulen), Ordnung Strigiformes

**Aussehen:** 20 bis 23 cm groß, hellbraunes Gefieder mit weißen Tupfen. Die beiden Geschlechter sehen gleich aus.

**Lebensraum und Verbreitung:** Offene, strukturreiche Kulturlandschaften, gehölzreiche Gärten und Parks sowie Savannen, Steppen und steinige Halbwüsten in Europa, Asien, Nordafrika. Brütet in Baumhöhlen oder Felswänden, Gebäudenischen oder Steinmauern. In der Regel sehr standorttreu. Die Jagdreviere sind nur ungefähr 50 bis 100 Hektar groß.

**Nahrung:** Mäuse, Insekten, Würmer, kleine Vögel, Amphibien.

**Bestand:** In Deutschland auf der Vorwarnliste der Roten Liste.



Streuobstwiesen sind mit ihren vielen Baumhöhlen und Nagetieren geeignete Nistplätze für den Steinkauz. Ihr Rückgang gefährdet nicht nur seinen Bestand, sondern auch die Artenvielfalt allgemein.



## Weise Strategien sind gefragt

Auch den Menschen machte der Steinkauz hierzulande im Mittelalter Angst: Sein „kuwitt“-Ruf klang für sie wie „Komm mit“, das wurde als Stimme des Todes gedeutet. Anders im antiken Griechenland: In der griechischen Mythologie wurde die Göttin Athena, der der Kauz seinen wissenschaftlichen Namen verdankt, oft mit einer Eule dargestellt. Man nimmt an, dass es sich dabei um den Steinkauz handeln könnte, der als nachtaktiver Vogel Weisheit und Geheimnisse symbolisiert. Athena selbst wurde als Göttin der Klugheit, der Strategie, der Kunst und des Handwerks verehrt. Ihr Attribut, die Eule, könnte aufgrund der ruhigen, aufmerksamen Natur des Steinkauzes ausgewählt worden sein, um ihre Eigenschaften zu betonen.

Noch ist es für den sympathischen Kauz nicht zu spät. Erhalten wir kleinstrukturierte Offenlandschaften und Streuobstwiesen, und verzichten wir auf Pestizide und andere Agrarchemie, hilft das vielen Arten und letztlich auch dem Steinkauz. Darüber hinaus zeigen erfolgreiche Schutzprojekte, dass der Steinkauz sich gut helfen lässt. Noch 2016 wurde der Steinkauz als „gefährdet“ auf der Roten Liste eingestuft, seit 2021 steht er nur noch auf der Vorwarnliste. Sind wir klug und weise wie Athene, schaffen wir es in Zukunft vielleicht, ihn ganz von der Roten Liste fernzuhalten.

**JETZT**

# Fischotter-Patenschaft übernehmen!

[www.l.duh.de/fischotterpatenschaft](http://www.l.duh.de/fischotterpatenschaft)



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | [info@duh.de](mailto:info@duh.de) | [www.duh.de](http://www.duh.de)  
Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

